

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Expedition:
Erk. Hirringhaus, Berlin.
Verleger: Carl Schatz 4136/4137



Redaktion für Druck und Schriftleitung:
Berlin O 261, Dönhofsplatz 6
Telefon: 6261

Die Zeitung erscheint im Colportage.
Der Inhalt ist von der Redaktion verantwortet. Druck und Vertrieb durch den Verleger, Carl Schatz, Berlin O 261, Dönhofsplatz 6.

Berlin, den 10. Oktbr. 1932.

Int. Institut
Ges. Geschiedenis
Amsterd.

Recht oder Macht?

Der Preussenkonflikt vor dem Staatsgerichtshof.

SPD. Leipzig, 10. Okt. (Eig. Drahtb.)

Der Staatsgerichtshof in Leipzig, bestehend aus fünf Herren - drei davon aus Leipzig, zwei aus anderen deutschen Städten - hält heute sozusagen das Schicksal des Deutschen Reiches in Händen. Die Richter entscheiden, ob das, was Hindenburg am 20. Juli verordnete und Papen ausführte, auch rechtens sei im Sinne der Reichsverfassung von Weimar, selbst im Sinne des Artikels 48 dieser Verfassung, der sie teilweise ausser Kraft setzen kann.

Die Vorstellung, dass hier über Geschichte Recht gesprochen wird, gibt dem Ganzen ein besonderes Gepräge. An jenem 20. Juli 1932, als der rundfunk-redende von Papen dem preussischen Innenminister Carl Severing eröffnete, dass er ihn kraft Notverordnung absetze, erwiderte ihm Severing, er werde nur der Gewalt weichen, denn in diesen Stunden werde Geschichte geschrieben und sie solle nicht sagen, dass ein republikanischer Minister in solcher Situation desertiert sei.

Über die Geschichte, die am 20. Juli geschrieben wurde, sitzt heute das Staatsgericht. Auf dem Präsidentenstuhl ein kaum mittelgrosser, hagerer Herr mit scharf geschnittenen Zügen und weissem leuchtendem Haar: der Präsident des Reichsgerichts Bumke. Noch vor kurzem war er Ministerialdirektor im Reichsjustizministerium, nicht sehr fortschrittlich in seinen Ansichten, aber doch als Jurist von hohem Ansehen. Heute sieht Herr Bumke einen Kreis ehemaliger Kollegen vor sich: die Ministerialdirektoren Brecht und Badt aus Preussen und den neugebackenen Ministerialdirektor der Papen-Regierung, den ehemaligen deutschen Landrat Gotheiner. Dazu Staatsräte aus Bayern und Baden und Lehrer des Staatsrechts von allen grösseren Universitäten.

Was von dem Fünfmänner-Kollegium gefordert wird, ist keine Kleinigkeit: es soll, um es kurz auszudrücken, erklären, dass die Verordnungen Hindenburgs gegen Preussen verfassungswidrig und rechtsungültig seien. Das bedeutet sehr viel und erfordert nicht nur juristisches Wissen, sondern auch politischen Mut in sehr erheblicher Masse.

Es ist deshalb naheliegend, dass der Vorsitzende des Staatsgerichtshofs sich in verbindlichsten Formen bemüht, die ganze Streitfrage auf das Rechtsgebiet zu beschränken und die politische Wertung nach Möglichkeit auszuscheiden. Aber wie soll das geschehen, wenn den Gegenstand der Verhandlung politische Dinge bilden? Das Arbeitsprogramm des Herrn Bumke ist dies: Erst sollen die Tatsachen geklärt werden, auf die sich das Verfahren stützt, dann erst die verschiedenen Rechtsfragen, die durch die Tatsachen aufgeworfen worden sind. Nach diesem Programm gestaltete sich die Darlegung des preussischen Vertreters Dr. Brecht mit aller gewollter Sachlichkeit, nur gelegentlich unterbrochen durch leise Ironie - zu einer eindeutigen und ausdrucksvollen Anklage gegen das System Papen, gegen das System der Unzulänglichkeiten, wie sie kaum je

vorher zu verzeichnen waren. Klar und scharf arbeitete Brecht heraus, dass die Anwendung des Artikels 48 zur Absetzung der preussischen Minister und Beamten absolut unzulässig und unbegründet war. Vor allem zerpfückte Brecht die klägliche "Materialsammlung", die die kommissarische Regierung nachträglich zur Begründung ihres Vorgehens beigebracht hat. Sie hat dazu - wie der Redner ironisierte - nachträglich die Aktenschranke durchstößern lassen, um Belastendes zu finden; sie hat alles Grosse, alles Anzuerkennende und Anerkanntes von den Leistungen der Abgesetzten beiseite gelassen und nur nach Beschuldigungsmöglichkeiten gesucht. Ja, sie hat sogar Beamte über ihre Meinung befragt, die sie über die Handlungen ihrer früheren Vorgesetzten hatten und nun diese unter dem Druck der Abbaufurcht entstandenen Äusserungen protokollierend festgelegt, um sie als Material dem Staatsgerichtshof vorzulegen. Ehrlich entrüstet erklärte Brecht, dass ein solches Ausfragesystem einzig in der Geschichte der deutschen Beamtenchaft dastehe und zu keiner Zeit, auch nicht in der Zeit der Revolution, festgestellt werden konnte.

Einzig in ihrer Art ist die ganze Regierung Papen. Sie lässt für sich den deutschnationalen Ministerialdirektor Gotheiner sprechen. Dieser schnarrt mit den Händen in der Hosentasche Gemeinplätze herunter, Gemeinplätze in jeder Hinsicht; Grzesinski hat gesagt..., Severing hat den "Vorwärts" beglückwünscht... Abegg hat mit den Kommunisten gesprochen... usw. usw. Ein allerneuester und allerbetrübltester Fall. Dieser Gotheiner hat die Geschmacklosigkeit zu behaupten, der preussische Innenminister Severing habe bereits mehrere Wochen vor dem 20. Juli selbst dem Reichsinnenminister von Gayl seine Übereinstimmung mit den Ansichten der Papen-Regierung ausgedrückt. Er habe Gayl sogar aufgefordert, den Reichskommissar nur möglichst schnell zu erkennen, man könne nicht warten. Zu diesem Unsinn gesellte Gotheiner mit breiter Geste nach dem Zuhörerraum eine Infamie gegen den Ministerpräsidenten Braun, den er verdächtigte, nur um des Geldes willen an seinem Amte zu kleben. Darauf erhielt er eine gepfefferte Antwort, indem der preussische Vertreter aus einem Privatbrief Brauns vom 29. August einige Stellen vorlas, die sich Gotheiner und seine Auftraggeber hoffentlich nicht hinter den Spiegel stecken werden.

Der Vertreter der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion Professor Heller nahm sich den Gotheiner besonders vor und wies ihm auf der Stelle nach, wie unlogisch seine Behauptungen seien. Ausserdem stellte Heller den Antrag, sowohl Herrn von Papen wie Adolf Hitler und den Vorsitzenden des Herrenklubs als Zeugen darüber zu vernehmen, dass schon vor Einsetzung der Reichsregierung Abmachungen zwischen Adolf Hitler und Papen bestanden hätten, um das Vorgehen gegen Preussen planmässig zu gestalten. Durch diese Beweisaufnahme soll erwiesen werden, dass die Massnahmen gegen Preussen nicht allein aus verfassungsrechtlichen sondern aus politischen Tatsachen, die ausserhalb der Verfassung liegen, veranlasst worden sind.

Über diese und andere Beweisanträge wurde ein Beschluss noch nicht gefasst. Die Verhandlungen wurden vielmehr, ohne dass der Tatsachenkomplex vollkommen erledigt worden wäre, um 8 Uhr abends vertagt. Sie werden am Dienstag früh fortgesetzt.

SPD. Paris, 10. Okt. (Eig. Drahtb.)

Marineminister Leygues hat dem Marine-Arsenal in Cherbourg den Auftrag erteilt, zwei neue Unterseeboote auf Stapel zu legen. Die beiden neuen Schiffe werden eine Wasserverdrängung von 1500 Tonnen haben und von demselben Typ wie das vor kurzem untergegangene Boot "Prométhée" sein.

SPD. Zürich, 10. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der schweizerische Bundespräsident Motta dementiert das Gerücht, dass er zum Nachfolger des zurückgetretenen Generalsekretärs des Völkerbundes Sir Eric Drummond ausersehen sei. Es sei ihm keine derartige Kandidatur angeboten worden; er würde sie auch unter allen Umständen ablehnen.

SPD. Der französische Ministerpräsident Herriot wird im Laufe dieser Woche in London oder Chequers eine Unterredung mit MacDonald haben, die sich um den Plan der Vier- oder Fünfmächte-Konferenz über die Abrüstungsfrage drehen soll.

Offenbar hat es Herriot eine gewisse Ueberwindung gekostet, die Reise zu unternehmen, denn die massgebenden Kreise in Frankreich sind von dem Gedanken der Konferenz nicht sehr erbaut. Von allem anderen abgesehen halten sie wohl die englische Einladung an Deutschland für ein unangebrachtes Entgegenkommen an die Regierung Papen. Nachdem die britische Antwort auf das deutsche Memorandum so scharf gewesen ist, glauben die massgebenden französischen Kreise, dass die an Deutschland ergangene Aufforderung zur Teilnahme an einer Besprechung in kleinem Kreise als ein Unfall MacDonalds gedeutet werden könnte. Dieser Auffassung wurde am Montag durch eine Verlautbarung des halbamtlichen Reuterebüros entgegengetreten, nach der Grossbritannien nicht daran denkt, Deutschlands Forderung nach Rüstungsgleichheit zu unterstützen. So kann also Herr Herriot beruhigt sein und er mag sich ausserdem sagen, dass seine private Unterhaltung mit dem englischen Premierminister für die etwaige Konferenz eine britisch-französische Einheitsfront zu schaffen imstande ist.

Inzwischen haben die Barone - merkwürdigerweise in Abwesenheit des Ausenministers - ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit zur Teilnahme an der Konferenz der Grossmächte ausgesprochen und dabei nur die Erwartung bekundet, dass ihre Forderung auf Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage zum Gegenstand der Diskussion gemacht werde. Es sollte nach unserer Meinung keine Schwierigkeit bestehen, dieser Erwartung zu entsprechen, denn eine Konferenz wie Grossbritannien sie plant, hat doch nur dann einen Sinn, wenn wirklich die Gelegenheit zu einer offenen Aussprache über die schwebenden Streitfragen geboten ist. Die deutsche Regierung muss die Möglichkeit erhalten, zu sagen, was sie will, was sie unter Gleichberechtigung versteht, wie sie sie herbeizuführen gedenkt und ob sie für den Fall einer negativen Entscheidung eine Aufrüstung beabsichtigt. Das umso mehr als die an Frankreich gerichtete Note der letzten Klarheit zweifellos entbehrt hat.

Es ist immerhin bezeichnend, dass in der letzten Zeit Blätter, die dem Kabinett der Barone nahestehen, mit besonderem Eifer die Behauptung zurückweisen, Deutschland beabsichtige eine Aufrüstung. Es habe von allem Anfang an nur die Gleichberechtigung im Auge gehabt. Wenn das nicht nur ein Spiel mit Worten ist, so sind wir gern bereit, diese Feststellungen mit Genugtuung zu begrüssen, und wir machen nur darauf aufmerksam, dass sowohl die private wie die halbamtliche Begleitmusik zu der ursprünglichen Note zu anderen Deutungen zwang. Man könnte auch darauf hinweisen, dass der Stahlhelm, dem Herr von Papen eben erst wieder versichert hat, dass er "nicht umsonst gearbeitet" habe - den Doppelsinn dieser Wendung lassen wir beiseite - in seinem Wahlauftritt wieder von der deutschen Wehrhoheit spricht, und es wäre nur gut, wenn die amtlichen Stellen schon vor der Londoner Konferenz ausdrücklich die Richtigkeit der Interpretation bestätigen würden, die die regierungsfreundliche Presse den Absichten des Kabinetts gibt.

Aber wenn nun wirklich an Aufrüstung nicht gedacht ist, so wird es umso unverständlicher, dass man die Sozialdemokratie wegen der Haltung, die sie in dieser Angelegenheit einnimmt, mit soviel Schärfe angreift. Das moralische Recht Deutschlands, die Gleichberechtigung zu fordern, ist von der Sozialde-

mokratie nicht bestritten worden, und sie hat überdies stets mit aller Entschiedenheit den Siegerstaaten zum Vorwurf gemacht, dass sie die Zusicherungen, die sowohl im Vertrag von Versailles wie im Völkerbundspakt gegeben worden sind, nicht innegehalten haben. Allerdings fügt sie hinzu, dass das Ziel der Gleichberechtigung nur durch die Abrüstung der anderen erreicht werden kann, weil jede Aufrüstung Deutschlands den übrigen Staaten Grund oder Vorwand zu stärkerer eigener Bewaffnung geben würde, und die Welt damit in eine neue Periode des den Frieden bedrohenden Wettrüstens eintrüge. Dabei wäre es ganz gleichgültig, ob die deutschen Rüstungsvermehrungen im Einvernehmen mit den Siegerstaaten oder ohne deren Zustimmung erfolgten.

Auf diesem Standpunkt wird die Sozialdemokratie stehen bleiben, weil sie der Überzeugung ist, dass von ihm aus dem Frieden und damit den Interessen des deutschen Volkes am besten gedient werden kann. Des Verrats an diesen Interessen kann nur der beschuldigt werden, der bewusst oder leichtfertig auf eine ausserpolitische Isolierung Deutschlands hinarbeitet.

SPD. Leipzig, 10. Oktober (Eig. Drahtb.)

Vor dem Staatsgerichtshof begannen am Montag unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke die Verhandlungen in der Klagesache Preussen gegen das Reich. Dem Richterkollegium gehören ausser dem Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke als Vorsitzenden noch als Beisitzer an: Die Reichsgerichtsrate Schmitz (Berichterstatter), Triebel, Dr. Schwalb sowie die Oberverwaltungsgerichtsrate Dr. v. Müller-Berlin, Dr. Gümbel (München) und Dr. Striegler-Dresden.

Im Verlauf der Sitzung entwickelte Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke nach den Ausführungen des Berichterstatters das Verhandlungsprogramm. Bumke will zunächst die Hauptfrage prüfen, nämlich: Welches war die tatsächliche Lage am 20. Juli und worauf konnte sich die Annahme stützen, dass gegen Preussen vorgegangen werden musste, wie vorgegangen worden ist. Dann will er prüfen, welche Zustände nach Auffassung der Parteien durch die Verordnung des Reichspräsidenten über die Einsetzung des Reichskommissars und ihre Ausführungsbestimmungen in Preussen geschaffen wurden. Dabei lege er Wert darauf, etwas darüber zu hören, wie die Beteiligten die Stellung des Reichskanzlers als Reichskommissar für Preussen und die Stellung der vom Reichskanzler benannten Kommissare für Preussen auffassen. In diesem Zusammenhange sei die Frage der Rechtslage der preussischen Staatsminister zu stellen. Dann könne man sich der Erörterung über Art. 48, Abs. 1 zuwenden, der davon handelt, dass ein Land seine Pflichten gegenüber dem Reich verletzt. Der Vorsitzende meint, dass man diese Materie sehr sorgfältig prüfen müsse und zwar nicht nur im Hinblick auf die bundesstaatliche Konstruktion des Reiches, sondern auch auf die geschichtliche Entwicklung, auf die Gedankengänge, aus denen Art. 48 entstand und wie der Artikel bisher angewandt wurde. Gerade weil die Schriftsätze mit dem Gedanken operierten, dass "aus dem Wesen eines Bundesstaates" sich dieses und jenes ergebe, müsse man auch vergleichende Untersuchungen über die entsprechenden Verhältnisse in anderen Bundesstaaten, in der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika usw. anstellen. Dann sollten die Voraussetzungen und Befugnisse für Art. 48 Abs. 1 und Art. 48 Abs. 2 erörtert werden, insbesondere ob die Pflichtverletzung eines Landes, von der Art. 48 Abs. 1 spricht, ein Sequestrationsrecht erzeugt; ob etwa vor dem Einschreiten des Reiches eine Mängelrüge erfolgen muss, ob gar die behaupteten Tatsachen gerichtlich festzustellen seien, ob der Reichspräsident befugt sei die Länderminister ab-zuberufen, wie das Verhältnis der Kommissare zum Parlament sich stellt, wie es mit den Beamtenernennungen sei. Auch wären wichtig die Fragen, ob der Reichspräsident berechtigt sei lediglich gegen ein bestimmtes Land einzuschreiten ohne gleichzeitig gegen andere vorzugehen, in denen evtl. gleiche Verhält-

nisse bestehen. Schliesslich müsse geprüft werden, ob etwa durch die Politik des Reiches selbst die Voraussetzungen für das Einschreiten im Lande gegeben worden seien. Dann, so meinte Präsident Bumke, bleibe noch eine grosse Frage übrig, nämlich: In welchem Umfange sind die Schritte rechtlich nachprüfbar, die der Reichspräsident auf Grund des Art. 48 Abs. 1 und 2 unternimmt, bezw. hat der Staatsgerichtshof hier eine besondere Möglichkeit im Vergleich zu anderen Gerichten. Schon aus der Stofffülle ergebe sich, dass es äusserster Konzentration bedürfen werde, wenn man in absehbarer Zeit mit den Verhandlungen zueinander kommen wolle. Er habe jedoch die Hoffnung, dass sich dies erreichen lasse, schon weil man besonderen Wert darauf legen werde, lediglich die leiteren Gesichtspunkte der Öffentlichkeit zu unterbreiten in diesem Verfahren, damit ein klares Bild über die eigentlichen Vorgänge ermöglicht wird.

Ausserhalb der Tagesordnung erhält dann der Hauptsprecher der preussischen Vertretung, Min. Dir. Dr. Brecht das Wort zu folgender Erklärung: "Was will Preussen mit seiner Klage? Es will keinen Angriff gegen den Herrn Reichspräsidenten richten. Die preussischen Staatsminister haben keinen Zweifel an dem grundsätzlichen Willen des Herrn Reichspräsidenten, die Verfassung zu wahren. Sie sind alle Wähler des Herrn Reichspräsidenten. Sie haben sich mit allen ihren Kräften für die Wahl eingesetzt und erhalten dem Herrn Reichspräsidenten die Verehrung, die ihm als deutschem Reichsoberhaupt gebührt. Wohl aber bestreiten sie auf das entschiedenste die Richtigkeit der Informationen, die dem Herrn Reichspräsidenten gegeben worden sind und die Richtigkeit der Auslegung der Reichsverfassung, die man ihm vorgetragen hat. Gegenstand unserer Klage ist nicht die politische Zweckmässigkeit des Vorgehens der Reichsregierung, nicht einmal die gute Absicht der Reichsregierung, sondern lediglich die rechtliche Zulässigkeit ihres Vorgehens. Gegenstand des Streites ist vor allem die Befreiung Preussens und seiner Minister von dem die Ehre des Landes und seiner Vertreter aufs tiefste kränkenden Vorwurf, dass das Land Preussen die ihm nach der Reichsverfassung und den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt habe und daher sequestriert werden könne und müsse. Preussen und die preussischen Minister nehmen es an Reichstreue mit jedem auf, sei es wer es wolle. Der preussische Ministerpräsident und die Staatsminister erwarten mit Bestimmtheit eine Entscheidung des Staatsgerichtshofs, wonach die Verordnung (vom 20. Juli die Redaktion) in dieser Form, in der sie ergangen ist, aufgehoben werden muss. Dann ist es Sache des politischen Geschicks, eine andere Lösung zu finden, bis der Landtag eine neue Regierung ernennt. Insbesondere hinsichtlich der Union Reich-Preussen sind die Bestrebungen in neuerer besserer Form fortzusetzen und verfassungsmässig zu regeln. Die preussischen Minister stellen ihre Person dabei vollständig zurück. An der Personenfrage wird es nicht scheitern. Aber diese politischen Probleme zu meistern, ist nicht Angelegenheit dieses Verfahrens, in dem es sich nur darum handeln darf, Recht ist Recht."

Im Namen der bayerischen Regierung gibt Staatsrat Jan die folgende Erklärung ab: Der Sinn der bayerischen Klage ist ein durchaus anderer als der Sinn der preussischen Klage. Die bayerische Klage richtet sich nicht unmittelbar auf die Verordnung vom 20. Juli; sie richtet sich nicht in die Vergangenheit, sondern in die Zukunft. Es kommt darauf an, im bundesfreundlichen Sinne die Grundlage für die zukünftige Anwendung des Art. 48 zu finden.

Für die badische Regierung erklärte Min. Dir. Dr. Fecht: Auch der badischen Regierung kommt es darauf an, die absoluten und relativen Grenzen festzustellen, welche der Reichsregierung hinsichtlich der Anwendung des Art. 48 gezogen sind. Die badische Regierung hält diese Feststellung für nötig, nachdem auch nach ihrer Meinung beim Vorgehen des Reiches gegen Preussen eine Auffassung der Reichsregierung zutage getreten ist, die die badische Regierung als mit der Verfassung nicht mehr für vereinbar anzusehen mag.

Min. Direktor Dr. Brecht erörtert dann die Vorgänge vom 20. Juli: Seit

den Septemberwahlen 1930 - so führte er aus - besteht eine eigenartige Krise im deutschen Parlamentsleben, nicht nur in Preussen, sondern auch im Reich und in anderen Ländern. Die besondere Krise des deutschen Parlamentslebens ist auf die grossen, steigenden Wahlerfolge der NSDAP zurückzuführen. Bisher haben alle verantwortlichen Stellen es abgelehnt, der NSDAP als Minderheit die entscheidende staatliche Macht in die Hand zugeben. In diesem verhältnismässig gleichmässigen Ablauf hat es eine Episode gegeben: Die Einigung v. Papen-Hitler. Diese dauerte vom 1. Juni bis 13. August. Sie begann mit einem Vertrag. Die NSDAP versprach der Regierung Papen als Präsidialkabinett die Unterstützung, und zwar ohne nationalsozialistische Beteiligung und für die ganze Dauer des Kabinetts. Dieses Versprechen gaben die Nationalsozialisten natürlich nur gegen bestimmte Zusicherungen ab. Diese waren u. a. Aufhebung des Uniformverbots, Wiedererlaubnis der verbotenen Sturmabteilungen, Beseitigung der jetzigen preussischen Regierung, insbesondere der Leitung der Polizei. Am 14. Juni erfolgte darauf die versprochene Aufhebung des Uniform-Verbots und des Verbots der Sturmabteilungen. Am 28. Juni wurde den Ländern verboten, etwas Ähnliches für sich allein zu machen. Sodann kam die Anknüpfung direkter Beziehungen zwischen dem Reichskanzler und dem nationalsozialistischen Landtagspräsidenten Kerl, um eine Rechtsregierung in Preussen zustande zu bringen, und schliesslich am 20. Juli die Einsetzung des Reichskommissars für Preussen. Am 13. August folgte dann die Entzweiung mit der NSDAP.

Brecht schilderte dann die Bedeutung der Episode Papen-Hitler vom polizeilichen Standpunkt und vom Standpunkt der Länder. Er verwies darauf, dass im Jahre 1931 scharfe Verordnungen zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung erlassen worden waren, die am 8. Dezember durch das allgemeine Uniform-Verbot und am 13. April 1932 durch die Auflösung der nationalsozialistischen Sturmabteilungen gekrönt wurden. Gerade diese Massnahmen seien damit begründet worden, dass eine militärisch organisierte Macht folgerichtig zu Zusammenstössen und zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen führen könne. Hier sei also das erste Mal von den bürgerkriegsähnlichen Zuständen gesprochen worden, auf die die Reichsregierung jetzt hinweise. Auf der Rechtsgrundlage der erwähnten Verordnungen habe die Polizei ihren schweren Dienst verrichtet. Mitten in diesem Kampf musste plötzlich von einem Tag zum andern das Steuer herumgerissen werden. Die Länder protestierten aufs Lebhafteste dagegen und erklärten, dass in diesem Augenblick gar keine Gefahr des Aufflammens der kommunistischen Bewegung bestehe.

In diesem Zusammenhang verwies Dr. Brecht auf die kürzlich veröffentlichte Statistik der Todesopfer, die bis Mitte Juni monatlich etwa acht bis zehn Tote verzeichnete, während von da ab ein starkes Anschwellen zu verzeichnen war. Der Kausal-Zusammenhang der ganzen Ereignisreihe liege klar zutage: Die Aufhebung des Uniform-Verbots und die Steigerung der Unruhen, die darauf einsetzten und ebenso der Zusammenhang zwischen den Abmachungen bei der Einsetzung der Regierung von Papen und ihrer Unterstützung durch die Nationalsozialisten auf der einen Seite und das Vorgehen gegen die preussische Regierung auf der anderen Seite. Es liege ihm fern, politische Angriffe gegen die Reichsregierung zu richten. Es handle sich nur um die rechtliche Zulässigkeit der Massnahmen. Es sei wie bei allen politischen Ermessensfragen das gute Recht der Reichsregierung, andere Ansichten zu haben als etwa ihre Vorgängerin und als die Länder, aber auch die Länder hätten dieses gute Recht. In dem Kampf gegen verbrecherische Vorkommnisse, die aus dem Lager der äussersten Rechten kamen, habe es zwei Möglichkeiten gegeben: die kriminalistische Bekämpfung und den politischen Versuch, die psychologischen Grundlagen zu ändern, aus denen heraus die Verstösse begangen wüeren. In den Kreisen des Reichskanzlers v. Papen habe man offenbar den zweiten Weg gehen wollen, um so den Aufbauwillen der nationalsozialistischen Bewegung zu betonen und zu bestärken. Aber dabei hätte er die Grenzen der Verfassung wahren müssen und das sei bei der Absetzung der preussischen Regierung nicht geschehen.

Dr. Brecht geht dann ausführlich auf die Vorwürfe ein, die die Reichsregierung als Grundlage ihres Vorgehens gegen Preussenerhoben habe. In der Besprechung vom 20. Juli in der Reichskanzlei, als Braun und Severing für abgesetzt erklärt wurden, hätten die Vertreter des Reiches auf wiederholte Fragen nach den einzelnen tatsächlichen Gründen lediglich mit einem Achselzucken geantwortet. Erst am 5. August, mehr als zwei Wochen nach der Absetzung, seien dann tatsächliche Vorwürfe erhoben worden. Dr. Brecht weist die einzelnen Vorwürfe des Reiches in ausführlichen Darlegungen zurück. So habe das Reich erklärt, die preussische Regierung verfüge im Landtag nur über 37 Prozent der Stimmen und sei daher von den Kommunisten abhängig. Das wäre falsch, denn das Kabinett Braun hatte bereits demissioniert und habe nur auf die Ablösung durch eine vom Landtag neugewählte Regierung gewartet. Im übrigen sei die parlamentarische Basis des Reichskanzlers im letzten Reichstag ebenso unzureichend gewesen, wenn auch die Reichstagsabstimmung vielleicht zu unrecht stattfand. Weiter habe das Reich erklärt, leitende preussische Persönlichkeiten seien innerlich nicht mehr unabhängig gegenüber den Kommunisten eingestellt gewesen. In der Tat hätten aber gerade Severing und Grzesinski, auf die das Reich wohl hauptsächlich abziele, stets kommunistische Ausschreitungen so heftig bekämpft, dass sie bei den Kommunisten zu den bestgehassten Leuten gehörten. Und als einmal die Kommunisten Severing schriftlich mitgeteilt hätten, sie würden das Stahlhelm-Volksbegehren gegen die preussische Regierung nicht mitmachen, wenn der Rotfrontkämpferbund in Preussen wieder erlaubt werde, habe Severing sofort geantwortet er lehne es ab Massnahmen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zum Gegenstand eines politischen Tauschhandels zu machen. Das sei Severing, wie er lebt und leidet. Vielleicht habe aber die Reichsregierung vermisst, dass die preussische Regierung die KPD überhaupt verbiete. Demgegenüber sei festzustellen, dass gerade seit dem Wirken des Kabinetts v. Papen und der kommissarischen Regierung in Preussen die kommunistischen Stimmen überall gestiegen seien, ohne dass nun ein Verbot der KPD erfolgt, offenbar, weil das Reich wie damals Preussen der Meinung sei, dass ein solches Verbot eine zweiseitige Sache wäre.

Allerdings habe Preussen auch Terrorakte der Nationalsozialisten unterdrücken müssen nach Art. 109 der Reichsverfassung und schliesslich hätten ja scheussliche Mordtaten weder etwas mit aufbauwilligen Kräften zu tun, noch mit christlicher Kultur, auf die sich die Reichsregierung berufe. Die Reichsregierung habe sich inzwischen selbst zu einer anderen Haltung gegenüber den Nationalsozialisten verstehen müssen. Dem damaligen Staatssekretär im preussischen Innenministerium Abegg sei unterstellt worden, er hätte den Kommunisten erklärt, sie möchten Terrorakte vornehmen, sie aber auf eine bestimmte Weise verschleiern. Es sei unfasslich, dass diese Unterstellung noch nicht zurückgenommen sei. Jeder, der Staatssekretär Abegg kenne, wisse, dass dieser seit 1925 im Staatsdienst beschäftigte Mann seine ganze Kraft für die Aufrechterhaltung der Ordnung und den Ausbau der Sicherheit eingesetzt habe. Abegg habe erklärt, dass er genau das Gegenteil gesagt hätte, nämlich, dass die Kommunisten unter allen Umständen Terrorakte zu unterlassen hätten. Abegg stehe zu seinen Worten. Ob derjenige, der ihn angezeigt habe, Reg. Rat Diels, zu seiner gegenteiligen Behauptung stehe, das werde sich zeigen. Dr. Brecht fragt, wie es möglich sei, dass, wenn Diels so ungeheuerliche Worte gehört haben wolle, er nicht zu dem damaligen Minister Severing ging, sondern im Reichswehrministerium seine Mitteilung machte. Allerdings sei Diels jetzt von der kommissarischen Regierung zum Oberregierungsrat befördert worden. Weiter weist Dr. Brecht noch den Vorwurf zurück, als habe der damalige Polizeipräsident Grzesinski in einer Rede das Zusammengehen von Kommunisten und Sozialdemokraten befürwortet. Er erinnert daran, dass Grzesinski als preussischer Innenminister das Verbot des roten Frontkämpferbundes durchgeführt und dass Severing als damaliger Reichsinnenminister dafür eintrat, dass dieses Verbot auf das ganze Reich übernommen wurde.

Dr. Brecht erörtert dann, dass die Reichsregierung erst nachträglich durch emsiges Durchsuchen der Akten und Ausfragen von Beamten über ihre bisherigen Vorgesetzten noch einige weitere Vorwürfe gegen Preussen habe festzustellen versucht. Diese Befragung der Beamten, die unter dem Druck der Entlassung gestanden hätte, kritisiert Dr. Brecht als einzig dastehend in der deutschen Geschichte, wobei er erwähnt, dass er selbst schon in der Revolutionszeit im Reichs- und Staatsdienst tätig gewesen sei, aber von Ebert und auch dem damaligen Unabhängigen niemals über seine bisherigen Vorgesetzten ausgefragt worden wäre. Ja, diese sozialdemokratischen Unabhängigen hätten nicht einmal nach den verschwundenen Akten über die Sozialisten gefragt. Was sich jetzt zugetragen habe, sei ein Zwischenspiel der deutschen Beamtengeschichte, das, wie er annehme, auch der Reichskanzler und der Reichskommissar nicht begrüße. Was endlich den Vorwurf anlangt, es sei durch die im Landtag beschlossene Geschäftsordnungsänderung einer neuen starken Bewegung der gesetzmässige Weg, sich durchzusetzen, genommen worden, so könne er nicht verstehen, wie die preussische Regierung für diesen Landtagsbeschluss verantwortlich gemacht werde; ganz abgesehen davon, dass man diesen Vorhalt jetzt der Reichsregierung vorlesen müsste nach ihrem Verhalten im Reichstag, das ja auch nicht geeignet gewesen sei, einer neuen starken Bewegung das gesetzmässige Sich-Durchsetzen zu ermöglichen.

Der Vertreter der Reichsregierung, Min. Direktor Dr. Gottheiner vom Reichsinnenministerium führte u. a. aus: Die Reichsregierung tritt der Auffassung über die Unzweckmässigkeit ihrer Massnahmen, die der preussische Vertreter vortrug, nachdrücklichst entgegen. Ihre Massnahmen sollten dem Zweck dienen und haben auch dem Zweck gedient, für den Erregungsstoff, der sich durch die einseitige Behandlung der Nationalsozialisten angestaut hatte, ein Ventil zu schaffen und damit einem politischen Ausbruch, einem Bürgerkrieg vorzubeugen. Die objektive Sachlage, die das Vorgehen des Reiches für die Verordnung vom 20. Juli notwendig gemacht hat, ist in erster Linie durch die blutigen Unruhen des Sommers 1932 gekennzeichnet. Die politische Leitung Preussens erweckte den Eindruck, als ob sie nur unter dem Vorbehalt der Gleichsetzung von Nationalsozialisten und Kommunisten gewillt war, die kommunistische Gefahr so durchgreifend zu bekämpfen, wie es die Lage erforderte. Diese Gleichsetzung aber vermag die Reichsregierung nicht als berechtigt anzuerkennen. Ich erinnere an die Rede, die der damalige aktive Berliner Polizeipräsident Grzesinski am 26. Juni 1932 in Magdeburg gehalten hat, in der eine Warnung an den Reichspräsidenten, der anscheinend schlechte Berater gehabt habe, enthalten war und in der von einer Einheitsfront mit den Kommunisten gesprochen und wörtlich gesagt wurde: "Sozialdemokraten und Kommunisten sollten sich an keiner Stelle Schwierigkeiten bereiten." Es erscheint mir nicht angängig, die Person des Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski von der Person des Privatmannes und sozialdemokratischen Angehörigen Albert Grzesinski zu trennen. Ich erinnere weiter an die Vorgänge, die sich an das Verbot des "Vorwärts" anschlossen. Der "Vorwärts" hatte schon seit Wochen die schärfsten Angriffe und heftigsten Ausfälle gegen die Reichsregierung gerichtet. Wegen einer Veröffentlichung, die eine Beschimpfung der Reichsregierung enthielt, hatte der Reichsminister des Innern den preussischen Innenminister ersucht, den Vorwärts aufgrund der Verordnung gegen politische Ausschreitungen zu verbieten. Der Minister Severin hat dieses Ersuchen abgelehnt und musste erst durch eine Entscheidung des Reichsgerichts dazu gezwungen werden. Beim Wiedererscheinen des Blattes nach Ablauf der Verbotsfrist hat es derselbe Minister, der das Verbot ausgesprochen hatte und der in erster Linie die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Lande Preussen trug, mit seiner Amtsstellung für vereinbar gehalten, der Zeitung in einem an die Spitze der Nummer gestellten Begrüssungsartikel ein Glück-auf zuzurufen und auszusprechen, dass das Verbot aufrüttelnder sei, als lange Artikel und Ausführungen sein könnten und dass er nach wie vor an der Seite des Vorwärts für die Freiheit kämpfen werde.

Auch hier muss festgestellt werden, dass in dieser Haltung des preussischen Innenministers ein Akt lag, der mit seiner Beamtenstellung nicht vereinbar war. Gleichzeitig erhielt die Reichsregierung aus vertrauenswürdiger Quelle Kenntnis von geheimen Verhandlungen zwischen dem preussischen Innenministerium und kommunistischen Führern. Inhalt dieser Verhandlungen waren Bedingungen und Gegenleistungen für die Förderung und Begünstigung der kommunistischen Partei. Das Bekanntwerden dieser Tatsache, deren Richtigkeit sich später in vollem Umfange bestätigt hat, offenbart bei der geschilderten politischen Gesamtlage, die gerade in diesen Tagendurch das Blutbad in Altona der ganzen Welt krass vor Augen geführt wurde, eine so brennende Gefahr für das Deutsche Reich, dass nunmehr ohne jedes Zögern von der Befugnis Gebrauch gemacht werden musste, die Artikel 48 der Reichsverfassung für Fälle dieser Art in die Hand gibt. Im übrigen sei es Tatsache, dass die sämtlichen ihres Amtes ent hobenen Minister ihre vollen Bezüge weiter erhalten haben. Tatsache sei es auch, dass Ministerpräsident Braun jedenfalls auf diesen Umstand sehr grossen Wert gelegt habe, denn er habe sich sehr bald nach der Enthebung vom Amt nach dieser Frage erkundigt und sich sehr befriedigt erklärt, als ihm die Antwort gegeben wurde, dass er seine Bezüge weiter erhalten würde. (Ministerialdirektor Dr. Brecht versucht erregt zu unterbrechen, wird aber vom Vorsitzenden darauf hingewiesen, dass Zwiesgespräche nicht statthaft seien.)

Schliesslich habe Minister Severing die Sachlage, die der Reichsregierung Veranlassung zu ihrem Vorgehen gegeben habe, genau so beurteilt wie die Reichsregierung selber. Mitte Juni habe Severing gegenüber dem gegenwärtigen Reichsinnenminister erklärt, dass er sich an dem Geschrei über die angeblich bevorstehende Einsetzung des Reichskommissars für Preussen nicht beteiligt habe, weil er persönlich der Ansicht sei, dass diese Massnahme sich nicht vermeiden lassen. Im weiteren Verlauf dieser Unterredung habe Minister Severing mit Bezug auf diese Einsetzung des Reichskommissars erklärt: "Warten Sie nicht mehr lange!" Die Reichsregierung habe nicht die Absicht gehabt; etwa die Ehre Severings anzugreifen, es sei aber für sie ausserordentlich interessant; dass ein so kluger Mensch wie Minister Severing die Situation genau so beurteilt habe wie die Reichsregierung selber.

Präsident Dr. Bunke: Ich weiss nicht, wieweit die Bemerkung über die Gehaltsfrage des preussischen Ministerpräsidenten für die rechtlichen Fragen, die unshier allein berühren, von Bedeutung sein könne. Ich kann es zwar nicht hindern, wenn jetzt darauf geantwortet wird, habe aber den Eindruck, dass wir bei Erörterung dieses Punktes uns von der rechtlichen Frage entfernen und unsere Verhandlungen nicht fördern.

Prof. Heller-Frankfurt/Main, der Vertreter der sozialdemokratischen Landtagsfraktion ersucht den Min. Dir. Gottheiner, den Brief vorzulegen, worin der Ministerpräsident Braun sich befriedigt über seine Gehaltsregelung ausgesprochen habe und diese Frage als wesentlichsten Punkt der ganzen Sache bezeichnet haben solle. Ich muss, so fährt er fort, die Wahrheit der Behauptungen über einen solchen Brief bis zur Vorlegung des Briefes bezweifeln, ebenso wie ich bezweifle, dass Minister Severing sich selbst für die Einsetzung des Reichskommissars erklärt haben solle. In den Akten und Schriftsätzen, die doch sehr umfangreich sind, ist erstaunlicherweise bisher von dieser Behauptung nicht die Rede.

Prof. Heller wendet sich dann weiter gegen Min. Dir. Gottheiner wegen dessen Behauptung, dass die Sozialdemokratie sich in ihrem Gegensatz zu den Nationalsozialisten mit den Kommunisten enger verbunden gefühlt habe. Er meint, dass man bei dieser Deduktion heute von der Reichsregierung sagen könne, dass das Kabinett Papen sich jetzt auch schon mit der Sozialdemokratie enger verbunden fühle als mit den Nationalsozialisten. Die von Min. Dir. Gottheiner bezweifelte Notwendigkeit der Unterscheidung zwischen den Äusserungen Grzesinski als Beamter und als Person sei in der Tat geboten. Herr Gottheiner wolle auch als Beamter und deutschnationaler Abgeordneter verschieden gewertet werden.

Während Minister Severing als Entlassungsgrund sein Glückwunschartikel nach dem Wiedererscheinen des Vorwärts mitangegeben worden sei, obwohl Severing darin nur von einer vernünftigen Kritik an Regierungsmassnahmen sprach, unternehme das Reich nichts gegen den nationalsozialistischen Oldenburgischen Ministerpräsidenten Röwer, der in dem nationalsozialistischen Tageblatt geschrieben habe: "Wenn die Reichsregierung einen Staatskommissar nach Oldenburg schicken sollte, würde Oldenburg die Bauern mobilisieren und bis auf's Äusserste kämpfen". Wenn Herr Gottheiner von geheimen Verhandlungen der preussischen Regierung mit den Kommunisten sprach, so sei das abwegig, denn diese Verhandlungen seien so "geheim" gewesen, dass die beiden kommunistischen Abgeordneten sich offiziell beim Pförtner des Innenministerium anmeldeten und die Besuchszettel ausfüllten, worauf sie erklärten, dass sie zum Staatssekretär Abegg wollten.

Prof. Heller bringt dann einen Antrag ein, der, wie er sagt, das Zustandekommen der jetzigen Regierung beleuchten solle. Der Antrag solle dartun, dass die Reichsregierung bei ihrem Vorgehen gegen Preussen sich nicht nur auf Art. 48 stützte, sondern dass Abmachungen mit den Nationalsozialisten darüber bestanden hätten, die dieses Vorgehen erforderten. Als Zeugen benenne die preussische Regierung für diese Fragen den Reichskanzler v. Papen, ferner Adolf Hitler und Herrn v. Gleichen. Prof. Heller zitiert noch Veröffentlichungen bzw. Briefe des Vorsitzenden des Herrenklubs, Herrn v. Alvensleben und des Herrn v. Gleichen, aus denen hervorgehe, dass die Einsetzung des Reichskommissars in Preussen schon im Juni wenige Tage nach dem Amtsantritt des Kabinetts von Papen so gut wie beschlossen gewesen sei. Diese Abmachungen die Herr v. Gleichen bestätigt habe, qualifizierten das Vorgehen der Reichsregierung als Ermessensmissbrauch. Die Zeugenladung des Reichswehrministers v. Schleicher, der über wichtige finanzielle Fragen Aufschluss geben könne, solle vorläufig noch nicht beantragt werden, bleibe aber vorbehalten, weil es den preussischen Vertretern unbedingt darauf ankomme, die unerhörte Diffamierung der preussischen Regierung absolut zu beseitigen.

Ministerialdirektor Dr. Brecht erklärt gegenüber der Bemerkung des Vertreters der Reichsregierung Professor Schmitt, dass es sich hier vor allem darum handele, auf dem Boden des positiven Rechts zubleiben und zu prüfen wer seine Pflichten verletzt hat. Im übrigen hätten die preussischen Vertreter den Oberreichsanwalt Ebermeyer als Zeugen dafür geladen, dass das Material, das die Staatsfeindlichkeit der Kommunisten dartue, im wesentlichen von der preussischen Staatsregierung geliefert sei. Die einheitliche Reichsführung inbezug auf Beurteilung der Legalität sei ja ganz gut, aber das Reich habe in seiner Haltung doch auch sehr geschwankt. So habe der Reichspräsident selbst einmal die Verordnung über die Unterdrückung der nationalsozialistischen Sturmabteilungen erlassen und diese Verordnung später wieder aufgehoben. Auch habe der vierte Strafsenat des Reichsgerichts wiederholt ausgesprochen, dass mindestens Teile der NSDAP revolutionäre Bestrebungen pflegten und auf gewaltsame Änderung der Reichsverfassung ausgehen.

In seiner weiteren Replik hielt Ministerialdirektor Dr. Brecht den Ausführungen des Ministerialdirektors Gottheiner gegenüber seine Behauptung aufrecht, dass bei den Besprechungen zwischen v. Papen und den Nationalsozialisten auch das Vorgehen gegen Preussen zum Gegenstand der Abmachungen gemacht worden sei. Wenn die Vertreter der Reichsregierung darauf beständen, dass die Staatssekretäre vor den Massnahmen gehört worden seien, so behalte er sich vor, die Staatssekretäre, u.a. Dr. Zweigert, als Zeugen zu benennen. Auf der dritten Konferenz am 20. Juli mittags seien die Minister nicht anwesend gewesen. Es bleibe bestehen, dass sie erst durch die Rundfunkrede am Abend unterrichtet worden seien. Wichtig sei das Zugeständnis, dass die fünf Minister abgesetzt worden seien, weil sie die Zusammenarbeit angeblich abgelehnt hätten. Tatsächlich sei es aber so, dass die Minister nicht die Zusammenarbeit mit dem Reichskanzler abgelehnt hätten, sondern lediglich das Erscheinen zu

einer "Sitzung der Staatsregierung", für deren Einladender fälschlich "der preussische Ministerpräsident" bezeichnet worden war. Die heute von Ministerialdirektor Gottheiner neu aufgestellte Behauptung, dass Minister Severing selbst die Bestellung des Reichskommissars gefordert habe, erklärte Dr. Brecht für völlig ungläubhaft.

Der Vorsitzende Dr. Bumke stellte darauf die Frage, ob die preussischen Minister die Einladung zu einer Sitzung des Staatsministeriums, falls sie in einer anderen Form erfolgt wäre, angenommen hätten und weiter, ob sie bereit gewesen wären, mit dem Reichskanzler als Reichskommissar für Preussen zusammenzuarbeiten.

Ministerialdirektor Dr. Brecht bejaht diese Fragen im wesentlichen, falls es sich um eine Sitzung gehandelt hätte, bei der die Modalitäten einer solchen Zusammenarbeit besprochen werden sollten. Niemals hätten die Minister es abgelehnt, mit dem Reichskanzler zusammenzuarbeiten. Aus der Ablehnung, zu der fraglichen "Sitzung der Staatsregierung" zu erscheinen, eine Pflichtverletzung zu konstruieren, sei jedenfalls ganz unmöglich.

Ministerialdirektor Gottheiner erklärt wiederholt, dass die Einladung zu der Sitzung in der bisher üblichen Weise auf den üblichen Formularen erfolgt sei und dass darin eine unzulässige Amtsanmassung nicht liege. An der Pressekonferenz habe Ministerialrat Hirschfeld teilgenommen, der zweifellos doch seinen bisherigen Minister des Innern informiert hätte. Das Schreiben der preussischen Minister an den Reichskanzler hätte gar nicht anders aufgefasst werden können, als dass diese die Zusammenarbeit ablehnen.

Der Vorsitzende regt nach einigen weiteren Auseinandersetzungen über die Frage der Einladung an, um Zeit für die noch zu erledigende Unmasse von Stoff zu gewinnen, das Tatsachenmaterial, das dem Staatsgerichtshof in Schriftsätze und Anlagen in reichem Masse zugeleitet worden sei, für genügend erörtert zu erklären.

Ministerialdirektor Badt bezeichnet als die überzeugendste Tatsache der Verhandlung die konkrete Behauptung, dass Severing im Juni d.J. selbst den Reichskommissar verlangt habe, da werde der Versuch gemacht, den Grundsatz, dass dem Wollenden kein Unrecht geschieht, in das Staatsrecht zu übertragen. Er könne aber einen konkreten Gegenbeweis dagegen bringen, dass Severing eine solche Äusserung getan habe. Dr. Badt verliest dann ein Dokument, das Severing am 6. Juni unterzeichnet habe und worin er sich grundsätzlich über die Frage des Reichskommissars für Preussen dahin geäußert habe, dass die Einsetzung eines Reichskommissars in Preussen nach Art. 48 der Reichsverfassung nicht zu rechtfertigen wäre. In dem Dokument sei auch darauf hingewiesen, dass die Einsetzung eines Reichskommissars ohne verfassungsrechtliche Begründung schwerwiegende Rückwirkungen auf die anderen deutschen Länder haben müsse und auch auf das Ausland, das dann vielleicht nicht mehr so stark gewillt wäre, Deutschland Hilfe zu leisten, wenn die Situation im Innern so unsicher sei. Nun solle Severing etwa zur gleichen Zeit gesagt haben, dass er den Reichskommissar wünsche. Diese Behauptung der Reichsvertreter sei zwar neu, aber unrichtig.

Min. Direktor Dr. Brecht meint, es wäre am zweckmässigsten, morgen schon den Minister Severing und Freiherr v. Gayl zu dieser Angelegenheit zu hören, um festzustellen, in welcher Weise Behauptungen von der Gegenseite über das Verhältnis des Reichs zum grösstendutschen Bundesstaat aufgestellt würden. Brecht bezweifelt, dass Severing die Einsetzung des Reichskommissars für erwünscht bezeichnet habe. Auf seine Bitte fragt der Vors. Dr. Bumke den Vertreter des Reiches, ob es sich nicht vielleicht um eine Unterhaltung über irgend einen anderen Reichskommissar auf einem Spezialgebiet gehandelt haben könne. Min. Dir. Dr. Gottheiner: Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass es sich bei der Unterredung um die Einsetzung eines politischen Reichskommissars handelte.

Die weitere Erörterung ergibt, dass der Gedanke zwischen Preussen und dem Reich einmal behandelt wurde, ob man nicht den Zustand beseitigen könne, dass in Norddeutschland in verschiedenen aneinander grenzenden Ländern die Polizei

einmal von einem sozialdemokratischen und einmal von einem nationalsozialistischen Minister geführt werde. Da könne vielleicht der Gedanke der Einsetzung eines Polizeikommissars für Norddeutschland einmal erwogen worden sein. - Der Vorsitzende stellt es den Parteien anheim, selbst Erklärungen der Minister über die angebliche Unterhaltung zu besorgen, während über eine evtl. Zeugenvernehmung der Staatsgerichtshof heute nicht mehr beschliessen könne.

Nach einer weiteren Debatte über diese Zweifelsfrage erklärt Präsident Bumke schliesslich, die Angelegenheit möge ja politisch sehr interessant sein rechtlich aber nicht, und er ersucht die Prozessbeteiligten so weit als möglich die Personen aus dem Spiel zu lassen und nur die Sache zubeachten. - Abends um 8 Uhr wurden die Verhandlungen auf Dienstag vertagt.

SPD. Stuttgart, 10. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die sozialdemokratische "Freie Presse" für die Oberamtsbezirke Reutlingen und Tübingen erbringt in ihrer Montagausgabe einen dokumentarischen Nachweis für die von den Hitlerbanditen geplante "Bartholomäus-Nacht" in Tübingen.

Die Terrorakte und die "Nacht der langen Messer" sollten vom 1. bis 5. August stattfinden und sie waren, wie in Ostpreussen und Schlesien, bis in die letzte Einzelheit vorbereitet. Die "Freie Presse" weist zugleich nach, wieviel führende Tübinger Sozialdemokraten "umgelegt" werden sollten, und nennt die Namen der SA-Leute, die zu jedem einzelnen Mord bereitgestellt und zur Ausführung entschlossen gewesen sind. Die gesamte Mordliste war im Besitz des Nazi-Redakteurs v. Samson, der auch die genaueste Anleitung gegeben hatte, wo die Mörder die Waffen abzuholen hatten und wo die notwendigen Autos zur Verfügung standen.

Es ist zu fragen, was jetzt der Staatsanwalt unternimmt, nachdem ihm dieses Anklagematerial gegen die SA öffentlich unterbreitet worden ist? Dass die Mordvorbereitungen der Hitlerbanden der Eisernen Front in Tübingen bereits vor dem 31. Juli bekannt gewesen sind und die Mörder sich blutige Köpfe geholt hätten, wäre höchstens der Anlass für ein Sondergericht gewesen, Sozialdemokraten und Reichsbannerleute anzuklagen, wie in Ohlau, Beuthen, Liegnitz und Berlin. Was gedenkt der Staatsanwalt in Tübingen zu tun?

SPD. In sechs Berliner Filmtheatern paradierte am Sonntag wieder einmal der "Stahlhelm" - auf der Leinwand! Es war der Film, aufgenommen vom Berliner Stahlhelmtag, der den geladenen Gästen als "Morgenfeier" serviert wurde. Wer an Muff und Monarchie und an den segenbringenden Parademarsch glaubt, war anwesend. Selbstverständlich auch der Held von Charleville, der Exkronprinz und ein Teil seiner Brüder und selbstverständlich auch der Herr Reichskanzler von Papen.

"Spontan erhob er sich", als der Film zu Ende war, um von seiner Loge herab zu verkünden: "Dreizehn Jahre lang hat der "Stahlhelm" für die Grundlagen des neuen Reiches gekämpft. Der "Stahlhelm" soll nicht umsonst gekämpft haben!" Sprachs und liess sich die Hand drücken von den Hohenzollern, für deren Pensionen Herr v. Papen und die Seinen so tapfer gefochten haben. Zwar haben diese Herrschaften die Pensionen nicht bezahlt, die sie den deutschen Kriegsbeschädigten, den Kriegerwitwen und Kriegswaisen immer noch schuldig sind. Herr v. Papen hat sogar den Opfern des letzten Krieges die Bettelpfennige abgezwickelt. Aber wir haben die Genugtuung, dass der Stahlhelm, seine Prinzen und Barone weiterkämpfen werden für Monarchie, Generäle, Parademarsch und Frontheil! Und wenn die Armen der Ärmsten dabei zugrunde gehen!

SPD. Magdeburg, 10. Oktober (Eig. Drahtb.)

Am 11. Oktober beginnt vor dem hiesigen Schöffengericht der Prozess gegen eine ehemalige "nationale Säule". Es ist der Domänenpächter, Landbundführer und Provinziallandtagsabgeordneter Fick, ein besonders gehässiger Gegner der Republik und glühender Vorkämpfer für die "Säuberung und Erneuerung Preussens". Dass er sich nicht einmal selbst sauber halten konnte, brachte ihn auf die Anklagebank. Fick hat sich wegen Konkursverbrechen, Betrug und ähnlichen Taten zu verantworten. Seine Privatgläubiger hat der schwarz-weissrote Agitator um 360 000 Mark gebracht und dem preussischen Staat schuldet er die Pachtsumme von 750 000 Mark. Fick, der ein sehr verschwenderisches Leben führte, wusste also, warum er für ein "neues Preussen" kämpfte. Dem alten war er zuviel Geld schuldig.

SPD. Warschau, 10. Oktober (Eig. Drahtb.)

Ein aufsehenerregender Prozess um die polnische Minderheitenpolitik begann am Montag vor einem Warschauer Amtsgericht. Der berüchtigte Pilsudski-Wojewode in Oberschlesien, Garzynski, klagt gegen den bekannten Wilnaer Politiker und Publizisten Professor Studnicki, weil dieser ihn öffentlich wegen seiner Minderheitenpolitik in Oberschlesien einen "Provokateur und Schädling Polens" genannt hat.

Der Angeklagte Studnicki ist Anhänger des Pilsudski-Regimes. Bei seiner Vernehmung beharrte Studnicki auf seinem Ausspruch, zu dessen Begründung er den vollen Wahrheitsbeweis antreten will. Das Gericht beschloss, zahlreiche oberschlesische Politiker, darunter auch den deutschen Minderheitsführer Uhlig sowie Opfer der Terrorakte des Aufständischenverbandes, als Zeugen zu laden. Darauf wurde der Prozess vertagt. Angesichts der grossen Sensation, die der Prozess hervorgerufen hat, dürfte die Wiederaufnahme der Verhandlung wohl erst in einigen Monaten erfolgen. Während dieser Zeit wird die Regierung wahrscheinlich versuchen die Sache aus der Welt zu schaffen.

SPD. Im Wahlkreis Halle-Merseburg hat die Sozialdemokratie zur Reichstagswahl die bisherigen Abgeordneten Dr. Hertz-Berlin, Bezirkssekretär Peters-Halle und Redakteur Bergholz-Zeitz wieder aufgestellt.

SPD. Paris, 10. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der englische Botschafter Lord Tyrell hat Herriot am Montag-Mittag die endgültige Zusage und Einladung MacDonalds zu einer Aussprache in London überreicht. Die Zusammenkunft wird entweder am Donnerstag und Freitag oder am Sonntag und Sonntag stattfinden. Ueber das genaue Datum schweben noch Verhandlungen zwischen Paris und London.

Ueber den Zweck der Unterredung gehen die Meinungen der französischen Presse auseinander. Ein Teil behauptet, die beiden Staatsmänner würden in freundschaftlicher Weise nur den Stand der Abrüstungsfrage besprechen, ein anderer erklärt, dass sie sich über die Einberufung einer Konferenz zur Prüfung der deutschen Gleichberechtigungsforderung und die Mittel, mit denen die Wiederbeteiligung Deutschlands an der Genfer Konferenz gesichert werden könne, unterhalten werden. Das schwerindustrielle "Journal des Débats", das diese letzte Möglichkeit erwägt, schreibt darüber: "Die Unterredungen Herriots mit MacDonaldd führen im allgemeinen nicht zu befriedigenden Ergebnissen für Frankreich, da sie fast stets einen neuen Verzicht einleiten. Man hat also das Recht, die Ankündigung der Londoner Reise Herriots nicht mit Freudenausbrüchen"

zu begrüßen. Aber der Ministerpräsident würde nichts verlieren, wenn er die Gelegenheit benützte, seinen englischen Kollegen um Aufklärung darüber zu bitten, ob die Meldungen des "Manchester Guardian" und des "News Chronicle" auf Wahrheit beruhen, dass MacDonald dem Reichskanzler in Lausanne versprochen hat, die deutsche Gleichberechtigungsforderung zu unterstützen. Wenn Herriot über dieses Versprechen nicht unterrichtet worden ist, hat MacDonald Herriot hineingelegt und der berühmte Vertrauenspakt von Lausanne, von dem man so viel Wesen gemacht hat, ist dann nur ein schlechter Scherz."

Die Meldung der beiden englischen Blätter ist inzwischen vom englischen Auswärtigen Amt dementiert worden, aber das "Journal des Débats" hält dieses Dementi nicht für ausreichend, denn es scheint sich nur darauf beziehen, dass MacDonald keine schriftliche Verpflichtung gegenüber von Papen eingegangen sei.

SPD. Prag, 10. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der zweite Tag des internationalen Sozialistischen Jugend-Kongresses begann mit einer grossen Rede von Fritz Adler über "Arbeiterjugend und Demokratie", in der der Sekretär der Arbeiter-Internationale die Notwendigkeit der Demokratie als Voraussetzung für die Verwirklichung des Sozialismus eingehend begründete.

Es wäre verfehlt - so führte Adler aus - auf Grund der Ereignisse in Deutschland die Demokratie als nutzlos für die sozialistische Arbeiterbewegung zu verwerfen. Was in Deutschland geschehe, sei nur aus den besonderen deutschen Verhältnissen zu verstehen und aus den übertriebenen Hoffnungen auf die Demokratie nach dem Kriege. Der Glaube, es genüge, eine Staatsform zu ändern und die Demokratie einzusetzen, sei irrig. Volk und Staat müssten von der Demokratie durchtränkt sein, um die demokratische Staatsform wirksam zu machen; ebenso, wie die Massen von der Theorie des Sozialismus erfüllt und zum Sozialismus erzogen werden müssten.

In der Debatte wurde das Referat von allen Rednern unterstrichen und die Notwendigkeit des Kampfes gegen Faschismus und Militarismus betont. Vorriink-Amsterdam erklärte in seinem Referat über den Frieden, seine beste Stütze sei eine starke sozialistische Arbeiterbewegung. Der Kampf für den Sozialismus sei zugleich der Kampf für den Frieden. Erst dann werde der Völkerbund seine Aufgabe erfüllen, wenn aus dem Bund der Regierungen ein Bund der freien Nationen geworden ist.

SPD. Torgau, 10. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die etwa 900 Mann starke Belegschaft der Steingutfabrik Villeroy und Boch ist nahezu einmütig in den Streik getreten, um einen Lohnraub aufgrund der Papen-Verordnung abzuwehren. Obwohl Nazis und Kozis eine gemeinsame zentrale Streikleitung gebildet haben und alles tun, um den Abwehrkampf der Arbeiterschaft zu schädigen, ist die zuständige Gewerkschaft, der Fabrikarbeiterverband, durchaus Herr der Lage. Die eingeleiteten Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts sind noch nicht zum Abschluss gekommen.

Bei Villeroy und Boch war Herr von Papen bis kurz nach seinem Amtsantritt als Reichskanzler Aufsichtsratsmitglied. Die Firma hat auch im Saargebiet grössere Steingutfabriken. Auf diese findet die Notverordnung keine Anwendung. Ist das der Grund, warum die Firma im Saargebiet zur Zeit sehr wenig arbeiten lässt?

SPD. Leipzig, 10. Oktober (Eig. Drahtb.)

In der Montag-Verhandlung des Staatsgerichtshofes besass der Vertreter der Reichsregierung, Ministerialdirektor Gottheiner die Dreistigkeit, zu behaupten, der preussische Ministerpräsident Braun habe nach seiner Absetzung sich teilnehmend erkundigt, wie es mit seinem Gehalt stünde, und, nachdem er erfahren habe, dass das Gehalt voll weitergezahlt werde, sei er völlig beruhigt gewesen. Diese mit kaltschnäuziger Dreistigkeit vorgetragene Behauptung, veranlasste den Vertreter der preussischen Regierung, Ministerialdirektor Brecht zu einem sachlich scharfen Protest, in dem er erklärte, er antworte auf diese Behauptung nur insoweit, als er folgenden Brief Brauns verlese, den dieser ihm, Brecht, am 29. August aus Bad Gastein, wo er sich zur Erholung aufhielt, geschrieben habe. In diesem rein privaten Briefe Brauns heisst es:

"Ich komme hier erst langsam über die Bitterkeit hinweg, die mich ob der Art der Ausseramtsetzung und über deren Begründungsformen ergriffen hat. Ueber 10 Jahre lang habe ich, gerade um die Beeinträchtigung des Reiches durch den Dualismus Reich-Preussen zu mildern, die Reichspolitik ohne Rücksicht auf die Zusammensetzung der Reichsregierung gestützt; oft auch unter Schädigung der Werbekraft meiner Partei, die im Reichstage Reichsmassnahmen heftig bekämpfte, die ich im Reichsrat im Interesse der gedeihlichen Zusammenarbeit zwischen Reich und Preussen unterstützte. Oft haben wir der Reichsregierung auf ihr Ansuchen im Reichsrat Hilfsstellung gegen Bayern und andere Länder geleistet, wo es für Preussen im engeren Landesinteresse günstig gewesen wäre, sich in die offene Front der Länder gegen die Reichsregierung einzureihen. Im hohen Reichsinteresse haben wir das getan, - und nun, wegen "Nichterfüllung" der Pflicht gegen das Reich wie ein Dienstbote, der gestohlen hat, und den man das Haus nicht mehr betreten lässt, aus dem Amte gejagt zu werden, das ist reichlich bitter. Das umsomehr, als es auf Veranlassung des Mannes geschieht, für dessen Lauterkeit und Verfassungstreue ich mich mit meiner ganzen Person öffentlich eingesetzt habe, und der dem nicht zuletzt seine Wiederwahl zum Reichspräsidenten verdankt. Aus meiner mehr als 40 jährigen politischen Tätigkeit weiss ich, dass es in der Politik keinen Dank gibt; aber ein gewisses Mindestmass von Achtung ist doch die Voraussetzung auch für eine politische Zusammenarbeit."

Brecht fügte hinzu, er wisse nicht, ob Ministerpräsident Braun die Mitteilung dieser Äusserung billige, aber er, Brecht, tue das auf eigene Verantwortung, angesichts der Angriffe, die Gottheiner gegen den Ministerpräsidenten Braun gerichtet habe.

SPD. In dem Prozess des preussischen Staatsministeriums gegen die Papen-Regierung hat der Vertreter des Reiches am Montag u.a. die unwahre Behauptung aufgestellt, dass Ministerpräsident Braun sich nach seiner Enthebung vom Amte nach der Regelung der Gehaltsfrage erkundigt und sich sehr befriedigt erklärt habe, als ihm die Antwort gegeben worden sei, dass er seine vollen Bezüge weiter erhalten würde.

Tatsache ist, dass sich Otto Braun niemals mit jemanden über die Regelung seines Gehalts unterhalten hat. In diesem Sinne wird er sich am Dienstag telegrafisch an den Reichsgerichtspräsidenten wenden und gegen die unwahre Behauptung des deutschnationalen Ministerialdirektors zugleich Verwahrung einlegen. Was von den übrigen Behauptungen dieses Herrn in Leipzig, speziell aber über seine Feststellungen überangebliche Äusserungen Severings zu sagen ist, haben die preussischen Vertreter vor dem Staatsgerichtshof bereits gesagt. So bleibt nur noch festzustellen, dass es ein Repräsentant der "neuen Staatsführung" ist, der in Leipzig mit derart unlauteren Methoden arbeitet.

SPD. Brüssel, 10. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der sozialistische Sieg bei den Gemeindewahlen erhöht sich stündlich. Insgesamt haben die Sozialisten 300 Mandate gewonnen und 50 verloren. In 74 neuen Gemeinden sind Mehrheiten erobert, denen der Verlust von 15 Mehrheiten gegenübersteht. Der Gewinn geht auf Kosten der Katholiken und der Christlich-Demokraten.

Bemerkenswert ist der Misserfolg der Kommunisten und der Rückgang der flämischen Nationalisten, die zwar in der Provinz Limburg stärker als bisher eingedrungen sind, dagegen in Antwerpen und Ost- und Westflandern, wo sie ihre Hochburgen hatten, erheblich an Boden verloren haben. In Brüssel verlieren die Katholiken vier Sitze; die Kommunisten einen Sitz, während die Sozialisten zwei Sitze gewinnen. Dieses Ergebnis ist typisch für eine ganze Reihe von Gemeinden in allen Gegenden. In Eupen-Malmedy, von wo die Ergebnisse noch nicht vollständig vorliegen, haben die Sozialisten sehr starke Erfolge zu verzeichnen. In der Stadt Malmedy, wo sie bereits die Mehrheit hatten, haben sie noch weitere zwei Sitze hinzugewonnen. Sie besitzen hier jetzt acht Mandate von insgesamt elf. Alle anderen Gemeinden des Grenzgebiets, deren Ergebnisse vorliegen, weisen einen sozialistischen Stimmenzuwachs auf, der durchweg auf Kosten der Katholiken geht. Wie die deutschen Parteien des Eupener Gebiets abgeschnitten haben, lässt sich augenblicklich noch nicht klar übersehen.

Die gesamte bürgerliche Presse gibt den Sieg der Sozialisten zu, wenn auch einige Blätter sich durch Beschönigung des Ergebnisses zutrösten suchen. Im Ministerrat am Montag wurde die neu geschaffene Lage besprochen und beschlossen, nicht von der Möglichkeit einer Parlamentsauflösung zu sprechen, um nicht den Eindruck einer panikartigen Flucht zu erwecken. Wie lange dieser Beschluss aufrechterhalten wird, bleibt abzuwarten. Den Katholiken hat das Ergebnis der Gemeindewahlen die Lust zu baldigen Parlamentswahlen gründlich verdorben, aber ihre liberalen Verbündeten dürften dagegen den jetzigen Zeitpunkt für sich als verhältnismässig günstig beurteilen.

SPD. Halle, 10. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Strafkammer in Halle verhandelt seit Montag gegen den Inhaber des Bankhauses Schönlicht u. Co., Walter Schwarz. Er hat sich wegen Depot-Unterschlagung, Konkursverbrechen, Unterschlagung; von Stahlhelmgeldern, Falschbuchung und Betrug zu verantworten. Neben den geschädigten Privatpersonen sind die Reichsbank, die Dresdner Bank und die Mitteldeutsche Landesbank die Hauptgeschädigten im Konkurs von Schwarz, der vor einem Jahr erfolgt ist und grosses Aufsehen erregte. Der Prozess wird etwa drei Wochen dauern.

SPD. Paris, 10. Oktober (Eig. Drahtb.)

In La Pallice, dem Vorhafen von La Rochelle, sind sämtliche zehn Petroleum- und Benzinreservoirs der dortigen Niederlage der Standard Oel-Gesellschaft durch ein Riesenfeuer vernichtet worden. Der Brand ist am Sonntag Nachmittag ausgebrochen und konnte bis zum Montag-abend noch nicht gelöscht werden. Fast $2\frac{1}{2}$ Millionen Liter Petroleum und Benzin sind verbrannt. Auch ein grosser Teil der Fabrikeinrichtungen fiel den Flammen zum Opfer. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Dienstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Die SA aller Welt

Wenn Hoheit heiratet....

- dann macht SA Musik dazu! - Prinzessin Lilli und der Hofjude - Die fürstliche Nazifamilie in Lippe-Detmold.

SPD. Detmold, Mitte Oktober (Eig. Ber.)

Herr Göbbels mag auf die feinen Leute schimpfen so viel er will - hier in Lippe-Detmold, der wunderschönen Stadt, scheren sich die Göbbeliden nur wenig daran. Man hält es nach wie vor mit den hohen Herrschaften, von denen man ausgehalten wird. Da stolzieren die beiden lippischen Prinzen Ernst und Leo stolz mit dem Hakenkreuz durch die Strassen, beteiligen sich an Demonstrationen der Braunhosen und glänzen durch ihre besonders elegante Hitleruniform. Selbstverständlich darf auch der verflössene fürstliche Staatsminister v. Biedenweg in der "Arbeiterpartei" nicht fehlen, und der Kammerherr v. Donop hat es sogar bis zum Nazistatverordneten gebracht. Seine Durchlaucht, der letzte grosse Lippe, Fürst Leopold und seine Gemahlin, begnügen sich damit, unterstützende Gönner zu sein.

Angesichts so hoher und höchster Mitgliedschaften musste sich die Nazi-partei erkenntlich zeigen. Die Gelegenheit bot sich, als kürzlich im fürstlichen Hause Hochzeit gefeiert wurde. In Detmold feierte Prinzessin Lilli ihre Hochzeit mit dem Grafen Kanitz. Da war grosser Betrieb im Detmolder Schloss; aus den Schränken wurden die sorgfältig eingemotteten Uniformen herausgeholt; die Diener bekamen die Degen zu putzen; Küche und Keller mussten nach allen Kräften herhalten; und - SA lieferte den militärischen Glanz: als der Polterabend aufzog, zog auch die Kapelle der SA auf. Auf dem Schlossplatz wurde halt gemacht, aus voller patriotischer Brust blies man ein festliches Konzert herunter. Die Spiesser, zahlreich versammelt, sie hörten es gerne; sehnsüchtig gedachten sie der verunkelten Zeit, da ein Fürstennamen noch ein hehrer Glanz, eine Fürstenhochzeit ein grosses Ereignis war. Aber dankbar blickten die braven Bürger in die Runde, denn hier war, parademässig ausgestattet, ein grosser Teil der Detmolder SA aufmarschiert, beglückt über die günstige Gelegenheit, endlich wieder einmal stramm stehen zu dürfen. Der Spiesser hatte seinen Vergangenheitersatz. Als vom Schloss herunter huldvollst gedankt wurde, fühlten sich Göbbels' Heerscharen wohligher gebauchpinselt. Und die hohen und höchsten Herrschaften, deren "Damen auf hohem Balkone" nebenbei bemerkt weit tiefer dekoltiert waren als es dem Sinne der Bracht-Verordnung entspricht, hatten ihre volle Freude daran.

Aber - am Horizont des nach wenigen Stunden aufdämmernden Hochzeitsmorgens wurde ein dunkler Punkt sichtbar... der Punkt war der wirkliche Geheimer Rat Freiherr von Eppstein. Der Herr hat nämlich nicht nur einen langen Titel, sondern auch eine lange Ahnenreihe, wogegen man an sich nichts eingewendet hätte - wenn es nicht eine jüdische Ahnenreihe wäre. Eppstein hat in früheren Zeiten dem fürstlichen Hause manch gute Dienste geleistet, die brüchig gewordenen fürstlichen Finanzen saniert, einen schwunghaften Handel mit Kommerzientiteln und Hoflieferantenschildern getrieben - aber hat er sich somit auch zum Hofjuden entwickelt, wie er im Geschichtsbuche steht, so ist er eben doch ein Jude. Der Fürst hatte nicht versäumt, ihn rechtzeitig zu belohnen: Eppstein war geadelt worden, durfte sich Geheimer Rat und schliesslich Freiherr nennen; aber als die Revolution auch in den Lauf der Kleinen lippischen Welt eingriff, hatten sich Fürst und Freiherr trennen müssen. Immerhin bewahrte man weiter

für einander ein dankbares Gedenken; kein Wunder also, dass Fürst Leopold seinen getreuen Hofjuden zur Hochzeit der Prinzessin Lilli einlud.

Erst in letzte Stunde wurde die entsetzliche Kunde im Schloss bekannt. Die Prinzen sollen vor Wut fast aus der braunen Haut gefahren sein. Wie oft hatten sie hitlertreu und brav an den geistvollen Juda-Verrecke-Demonstrationen der Nazis teilgenommen. Und jetzt sollten sie sich mit einem von jener verruchten Rasse, der sie die Pest an den Hals wünschen, an einen Tisch setzen? Das schien ihnen die Todstunde wider den heiligen Hitlergeist zu sein. Sie drohten mit Palastrevolution. Aber auch der gräfliche Bräutigam raufte sich die Haare vor Verzweiflung, und der Kammerherr von Donop wusste gleichfalls weder ein noch aus. Wenn man doch dem Juden eine Tarnkappe schenken könnte, damit wenigstens die bösen Marxisten nichts von dem seltsamen Gast auf der Nazihochzeit erführen!

Hofmarschall und Kammerherr rannten zum Fürsten, zur Fürstin, zur prinzeßlichen Braut, und endlich, nach langem Hin und Her, hatte dann der Hofmarschall einen Ausweg gefunden. Ein hochfürstliches Handschreiben verliess das Detmolder Schloss und nahm seinen Weg zum Freiherrn von Eppstein. Der Hofmarschall aber raunte dem Erbprinzen ins Ohr: "Er kommt nicht!", und der Erbprinz erzählte es den andern, der Bräutigam der Braut, der Kammerherr dem Kammerjüngling: "Er kommt nicht." Alles atmete erleichtert auf. Die Ehre des Dritten Reiches war gerettet. Der eingeladene Herr von Eppstein war wieder ausgeladen worden. Der Braten schmeckte noch einmal so gut, der Wein war von beseeligender Klarheit.

Dann trat man ans Fenster, schaute auf den Schlossplatz und nahm gnädigst die Huldigung der SA entgegen.

F.

+ + +
Mordprozess Cechini. Am Montag begann in einem Nebensaal des Friedenspalastes von Locarno die Verhandlung gegen den Mörder Luigi Cechini. Der aus Florenz stammende Angeklagte hat am 3. April 1930 in Ascona seine Ehefrau, die aus Berlin stammende Eva Cechini, Tochter des Syndikus Dr. August Koppel, auf offener Strasse durch zwei Revolverschüsse getötet - wie die Anklage behauptet: "vorsätzlich". Cechini macht geltend, dass er seine Frau in einem Anfall sinnloser Wut umgebracht habe, nachdem sie ihm erklärt hätte, dass sie ihn nicht mehr liebe. Auch habe Eva Koppel das ihm gegebene Versprechen "eine unterwürfige Ehegattin" zu sein, nicht gehalten - fest steht aber, dass sie sich nichts zuschulden kommen liess. Insbesondere dürfte dann noch der Wunsch der Getöteten, keine Kinder zu bekommen, die immer zahlreicher auftretenden, meist durch Eifersuchtsszenen hervorgerufenen Ehespannungen, die den Angeklagten übrigens auch einmal zum Selbstmordversuch trieben, verstärkt haben. Unmittelbar vor der Tat soll die Getötete gesagt haben: "Wir haben schon Deiner Mutter geschrieben, dass wir uns trennen wollen, weil wir uns nicht verstehen. Jetzt müssen wir uns als liebe Kameraden und Freunde betrachten. Im Grunde bist Du ein guter Kerl, aber wir verstehen einander nicht". Der Angeklagte, der an sich mit der Scheidung einverstanden war, aber von seinem Schwiegervater eine Abfindung verlangte, erklärte hierzu am Montag vor Gericht: "Ich habe Eva gefragt, ob sie mich nicht mehr liebt oder ob sie einen andern vorzieht. Sie erwiderte: Du wirst verstehen, dass man mit 23 Jahren noch das Recht zur Liebe hat. Da habe ich zwei Mal geschossen". Staatsanwalt: "Haben Sie den Revolver nicht der Toten unter dem Arm gelegt?" Angeklagter: "Der Revolver ist mir entfallen und ich bin rasch weggegangen. Ich sah einen Augenzeugen, der mich verfolgte und bin rasch geflohen." Staatsanwalt: "Warum haben Sie die Tat begangen?" Angeklagter: "Ich habe oft nachgedacht, aber es ist mir nicht gelungen, einen Grund ausfindig zu machen. Ich glaube der Grund war meine grosse Liebe". Staatsanwalt: "Ihre Frau hat doch auch gelitten." Angeklagter: "Gewiss, sie hat auch gelitten. Vielleicht waren wir

beide schuldig."

Der Staatsanwalt nimmt an, dass Cechini Eva Koppel nur aus materiellen Gründen geheiratet hat, sich ihrer aber entledigen wollte, als er fürchten musste, von seinem Schwiegervater nicht mehr geldlich unterstützt zu werden.

Flugzeugkatastrophe. Am Montag-Nachmittag gegen vier Uhr stürzte über dem Kölner Flughafen ein Sportflugzeug des Kölner Clubs für Luftschiffahrt aus etwa 30 Meter Höhe ab und ging vollständig in Trümmer. Der Pilot Vorländer kam ums Leben; sein Begleiter, der Flugschüler Redakteur Feinhals von der "Kölnischen Zeitung", wurde schwerverletzt ins Krankenhaus eingeliefert.

Pech des Weltfliegers. Der deutsche Pilot Wolfgang von Gronau, dessen Weltumflug bisher ohne jeden Zwischenfall verlief, hat in der Bucht von Bengalen mit seinem Dornier-Wal notwassern müssen. Wolfgang v. Gronau war von den Philippinen nach Indien unterwegs. Die Notwasserung war allem Anschein nach wegen eines Motorendefektes notwendig; neue Startversuche missglückten infolge Bruchs der Wasserpumpe. Auf ausgesandte SOS-Rufe eilte der deutsche Dampfer "Caragola" dem Dornier-Wal zu Hilfe und nahm Wolfgang v. Gronau und seine drei Begleiter an Bord. Der Kapitän der "Caragola" beabsichtigt, das havarierte Flugzeug zum nächsten Hafen zu schleppen.

Grubenkatastrophe. In einem Kohlenbergwerk bei Leigh (Lancashire) stürzte ein mit 20 Bergleuten besetzter Förderkorb über 200 Meter in die Tiefe. 19 Bergleute verunglückten tödlich.

Samuel Insull verhaftet. In Athen wurde auf Veranlassung der amerikanischen Gesandtschaft Samuel Insull verhaftet, der Bruder des vor einigen Tagen in Kanada festgenommenen amerikanischen Elektrokönigs Martin Insull. Die Brüder Insull sollen mitschuldig sein am Zusammenbruch des von ihnen geleiteten grössten nordamerikanischen Elektrokonzerns.

Tödliches Spiel. In Bad Reinerz spielte ein sechsjähriger Knabe mit einem Revolver, den er in der Tasche seines Grossvaters gefunden hatte. Plötzlich löste sich ein Schuss; er traf den Onkel des Kindes, den Glasschleifermeister Tautz, ins Herz. Tautz war sofort tot.

Das neue Bauhaus. Das kürzlich in Dessau geschlossene "Bauhaus" wird voraussichtlich bereits Ende Oktober in Berlin neueröffnet. Professor Mies van der Rohe, der Leiter des Bauhauses, mietete zu diesem Zweck die Räume einer ehemaligen Telefonfabrik in Steglitz.

Um die Ehre. Die nach längerer Verhandlung des Hamburger Disziplinargerichts aus verschiedenen Gründen ihres Dienstes enthobene Frau Regierungsrat Erkens machte einen Selbstmordversuch durch Einnehmen von Gift, konnte aber ins Leben zurückgerufen werden. Frau Erkens beabsichtigt im übrigen gegen das Urteil Berufung einzulegen. Sie macht geltend, dass die Verhandlung gegen sie gerichtsnotorisch gemacht habe, dass sie, entgegen früherer Annahme, an dem Selbstmord zweier ihr unterstellter Beamtinnen keine Schuld trage.

Bluttat. In Bochum erschoss ein Kolonialwarenhändler seine Ehefrau, seinen vierjährigen Sohn und sich selbst. Der Grund ist unbekannt.



Überlastetes Auto.

Jetzt auch noch Spritliebesgabe für Forstwirtschaft.- Pauschalsteuer und Preissteigerungspläne der Benzinkonvention.

SPD. Mit dem Auto, einst Attribut des Besitzes und des Luxus, heute unentbehrlich in unserer Wirtschaft, wird ein beispielloser Unfug getrieben. Das Auto ist wie kaum ein anderes Objekt in der Wirtschaft mit Zöllen, Steuern, Ausgleichsteuern, allgemeinen und Spezialliebesgaben belastet. Eben erst ist der Benzinpreis, neben einer allgemeinen Steigerung um ebenfalls 2 Pfennig, um 2 Pfennig pro Liter heraufgesetzt worden. Das sind neue Liebesgaben für die Landwirtschaft, deren Kartoffelsprit der Autoverkehr wider Willen aufnehmen muss. Eben erst, sagten wir. Jetzt kommt die Forstwirtschaft und behauptet, was den grossagraren Kartoffelbrennern recht ist, sei ihr nur billig. Bekommt die Landwirtschaft an Spritsubventionen jährlich 52 Millionen Mark, so muss sie auch ihr Teil haben. Das Auto kann's ja tragen!

Es spielt dabei eine Erfindung mit, mit der man aus Holz Spiritus und Futtermittel erzeugen kann. Die Methoden sind seit längerer Zeit bekannt. Aber man hätte nie geahnt, dass die Forstwirtschaft aus diesem Fortschritt der Chemie und der Technik Gründe für eine Subvention herleiten würde. Nun soll die Kraftverkehrswirtschaft auch Spiritus zu Gunsten der Forstwirtschaft verbrauchen. Neben der Kartoffelspritsubvention soll das Auto auch noch Holzspritsubventionen zahlen.

Schon heute wird der Unfug der Spritbeimischung derart unsinnig gehandhabt, dass die Gefahr konstruktiver Aenderungen unserer Motoren vorliegt, um den Subventionsprit überhaupt zu verdauen. Gehen wir aber erst daran, die Konstruktion unserer Motoren politisch, d.h. auf Ummengen von Spritbeimischung einzustellen, dann verschütten wie dem deutschen Auto, dessen konstruktive Fortschritte während der letzten Jahre sehr beachtlich sind und in aller Welt anerkannt werden, die Exportwege.

Schlimmer muss die Brennstoffsteuer wirken. Der Reichsausschuss der Kraftverkehrswirtschaft rechnet damit, dass im bevorstehenden Winter 400 000 bis 500 000 Autos ausser Dienst gestellt werden. Damit wird ein Drittel des deutschen Kraftfahrzeugbestandes stillliegen. 70 000 Fahrer und Beifahrer verlieren damit ihre Arbeit und dürften die öffentliche Wohlfahrt mit rund 50 Millionen Mark belasten. Allein bei den Nutzfahrzeugen würde das Reich 26 Millionen Mark an Treibstoffzöllen verlieren. Das ist die andere Seite des malträtierten Autos, das vor Zöllen, Steuern und Liebesgaben nicht mehr in Gang kommen kann.

Nun bemühen sich die Organisationen um eine Herabsetzung der Steuern und zwar zielt man auf eine Entlastung aus der Pauschalsteuer hin. Man hofft, dass die Entscheidung hier bald fallen wird. Wenn man nur nicht vergebens hofft.

Denn auf eine Steuerermässigung warten schon die grossen Benzinkonzerne, die angelsächsischen Oeltrusts, die Russen, die Schwerindustrie und der IG-Farben trust. Diese Herrschaften, neuerdings wieder in einer straffen Konvention zusammengefasst, verfolgen den Plan, den Benzinpreis um 6 Pfennig zu steigern. Wohlgermerkt, dieser Plan lässt die bereits am 1. Oktober

vorgenommene Benzinpreiserhöhung um 2 Pfennig unberücksichtigt. Diese 2 Pfennig werden als Ausgleich für die erhöhte Spritbeimischung angesehen. Den Anfang mit der Verwirklichung des Planes hat man am 11. Oktober gemacht, indem man die Benzinpreise um weitere 2 Pfennig heraufsetzte. Nun weiss man in der Benzinkonvention ganz gut, dass man den Bogen nicht überspannen darf. Die 500.000 Autos, die diesen Winter stillliegen und kein Benzin verbrauchen, warnen. Aber man rechnet mit der Möglichkeit einer Preissteigerung um weitere 4 Pfennig, wenn sich das Reich zu einer Steuerermässigung entschliesst. Also liegt die Gefahr vor, dass der allem Anschein nach bevorstehende Steuerverzicht des Reiches den Benzinproduzenten und nicht den Autofahrern zugute kommt.

In die ganze Benzinpreisfrage mischt sich sehr viel Politik und zwar ein Stück Militärpolitik. Unsere Militaristen sagen, die Kriege der Zukunft werden mit dem Motor geführt. Wer aber mit dem Motor kämpfen will, muss eine eigene Benzinproduktion haben. Derartig künstliche Produktionen, wie sie die Benzinproduktion in Deutschland fürs erste nur sein kann, zieht man aber mit überhöhten Preisen gross. Aus militärisch-technischen Rücksichten ist die gegenwärtige Regierung geneigt, sich den Preiswünschen der Benzintrusts zu fügen. Währendes geht die Kraftverkehrswirtschaft in Deutschland vor die Hunde, weil der Brennstoff zu teuer ist.

Die Sozialdemokratie hat alle Kraft einzusetzen, dass mit dieser unsinnigen Politik so bald wie möglich Schluss gemacht wird.

SPD. Die Benzinkonvention hat mit Wirkung vom 11. Oktober die Benzinpreise um 2 Pfennig heraufgesetzt. Die Preiserhöhung gilt für das ganze Reichsgebiet. In Berlin kosten danach, immer pro Liter, Benzin 35 Pfennig, Gemische 39 Pfg. und Benzol 46 Pfg., in Hamburg 34 bzw. 38 bzw. 45 Pfennig, in Breslau und München 34 bzw. 42 bzw. 48 Pfennig und in Köln 37 bzw. 41 bzw. 47 Pfennig.

Das ist die dritte Preissteigerung, die die Benzinkonvention seit Ende September, nach dem Eintritt der Russen in die Konvention, vornimmt. Die vorletzte Preiserhöhung um 2 Pfennig am 1. Oktober wurde als Ausgleich für die überhöhte Spritbeimischungsquote ausgegeben, obwohl die Belastung aus der erhöhten Spritbeimischung nur 1 Pfennig beträgt. Der Plan der Konvention geht dahin, den Benzinpreis allgemein um 6 Pfennig zu erhöhen, wobei die Erhöhung vom 1. Oktober infolge der Spritbeimischung unberücksichtigt bleibt. Insgesamt hat also der Verbraucher, wenn sich die Pläne der Konvention erfüllen, mit einer Verteuerung des Benzins ab 1. Oktober um 8 - 9 Pfennig pro Liter zu rechnen.

Wir haben schon vor längerer Zeit auf das Treiben der Konvention hingewiesen, ohne dass der Reichswirtschaftsminister, der von der I.G. Farbenindustrie stammt, etwas dagegen getan hätte. Es besteht nicht der geringste Grund für die Preistreibereien. So sind z.B. die Weltmarktpreise unverändert geblieben. Die Vertriebsspanne ist in Deutschland höher als in irgend einem andern Lande. Wenn man jetzt in Deutschland die Benzinpreise erhöht, ist das nur eine willkürliche monopolistische Verteuerung des deutschen Treibstoffverbrauchs.

Die rücksichtslose Politik des neuen Treibstoffkartells hat mit ihrer dreimaligen Preissteigerung, wenn man von der effektiven Mehrbelastung durch erhöhte Spritbeimischung absieht, die Benzinpreise in Deutschland jetzt schon schätzungsweise um 5 Pfennig erhöht. Das bedeutet bei einem Jahresverbrauch Deutschlands von 2 Milliarden Litern eine Mehrbelastung von 100 Millionen Mark.

Den Ablauf der Preiserhöhungssperre für Kartelle am 1. Juli fassen offenbar zahlreiche Kartelle als Freibrief für neue Preisdiktate auf. Der Reichs-

wirtschaftsminister hat die Pflicht, dagegen einzuschreiten, unverzüglich gegenüber dem Treibstoffkartell von seinen Vollmachten Gebrauch und wenigstens die letzte, nicht zu rechtfertigende Benzinpreiserhöhung rückgängig zu machen.

SPD. Als die Regierung von Papen vor einigen Wochen den deutsch-jugoslawischen Handelsvertrag kündigte, war eine beträchtliche Zollerhöhung für die Eiereinfuhr nach Deutschland zu befürchten. Diese Zollerhöhung ist jetzt eingetreten. Der Zoll, der bisher 5 Mark betrug, verzehnfacht sich auf 50 Mark.

Das ist das berühmte und berüchtigte Mittel, der deutschen Landwirtschaft zu helfen. Den deutschen Hühnerhaltern geht es wirklich nicht gut. Aber mit einem verzehnfachten Zoll wird es ihnen nicht besser gehen. Der erhöhte Zoll bedeutet, dass sich das Ei in Deutschland um 3,5 Pfennig verteuert. Woher sollen die Konsumenten das Geld nehmen? Sie können's nicht stehlen. Also werden sie weniger Eier essen und kaufen. Die Gewinn- und Absatzmöglichkeiten für die Hühnerhalter verringern sich damit. Die Zeiten sind vorbei, wo man die Dinge mit Zöllen einrenken konnte.

Wie liegt es bei den Eiern? Solange die deutschen Getreidepreise ungefähr auf der Höhe der Weltmarktgetreidepreise lagen, reichte der Eierzoll von 5 Mark völlig aus. Dann setzte die deutsche Getreidepolitik ein, die völlig auf die Grossagrarien eingestellt ist. Durch diese Politik wurden die Getreidepreise in Deutschland weit über den Weltmarktstand hinaus getrieben. Mit den Getreidepreisen haben sich natürlich auch die Futtergetreidepreise verteuert. Angesichts einer solchen Preisgestaltung für Getreide ist der deutsche Eierzeuger gegenüber seinen ausländischen Konkurrenten stark benachteiligt. Für das Futtergetreide muss er allein weit mehr, über das Doppelte, bezahlen als sein ausländischer Konkurrent.

Da liegt der Schwerpunkt. Dem deutschen Eierproduzenten kann nur durch Verbilligung von Futtergetreide geholfen werden, nicht durch Zoll. Das wird die Zukunft bald lehren. Die Losung der Sozialdemokratie ist deshalb, eine genügende Verbilligung der Futtergetreidepreise herbeizuführen, um so den Geflügelhaltern wirkliche Hilfe zu bringen. Die Papensche Zollerhöhung ist keine Hilfe.

SPD. Von den rund 480 Millionen Mark, um die die Reichsbank in der letzten Septemberwoche ihren Kredit erweitert hat, sind in der ersten Oktoberwoche 222,5 Millionen Mark zurückgeflossen. Die Kreditsumme ermässigt sich damit auf 3 411,8 Millionen Mark gegenüber 3 435 Millionen Mark in der ersten Septemberwoche. Die Währungsreserve hat sich um 1,9 Millionen Mark auf 931,2 Millionen Mark erhöht (Letzte Septemberwoche 925,6 Millionen). Die Deckung der Noten wird mit 25,7 % angegeben gegenüber 24,7 % Ende September.

SPD. Im Berliner Hotelgewerbe hat sich eine Riesenfusion vollzogen und zwar werden sich die Hotelbetrieb=A.G. und der Hotelbetrieb der Aschinger A.G. zusammenschließen. Das neue Mammutunternehmen unterhält in Berlin 2 200 Betten und betreibt folgende Hotels: Bristol, Kaiserhof, Bellvue, Baltic, Zentralhotel, Fürstenhof und Palasthotel, wozu noch verschiedene Cafés, Variétés (Wintergarten), Likör- und Weinstuben kommen.

Bisher bestand zwischen den beiden Konzernen schon dadurch enge Verbindung, dass die Aschinger A.G. Grossaktionärin bei der Hotelbetrieb war. Die

Fusion scheint in erster Linie darauf zurückzugehen, dass man die flüssigen Mittel, über die die Hotelbetrieb verfügte, auf den Aschingerbetrieb überleiten will.

 Matt gestützte Börse.

(Berliner Getreidebörse vom 10. Oktober)

SPD. Die Berliner Produktenbörse war am Montag sehr schwach besucht, die Umsatztätigkeit hielt sich in engsten Grenzen. Von der Landwirtschaft war nur wenig Material in Brotgetreide angeboten, jedoch hielt es schwer, auch dieses wenige Material unterzubringen. Verschiedentlich musste die Stützungsstelle eingreifen, wobei etwas nachgebende Preise gezahlt wurden. Infolgedessen gingen die Kurse am Markte der Zeitgeschäfte und für prompten Weizen zurück. Lediglich Roggen in prompter Ware konnte seinen Kursstand behaupten. Das Mehlgeschäft blieb vollkommen leblos bei unveränderten Forderungen der Mühlen. Stetig war die Stimmung für Hafer, der nur knapp angeboten war. Auch für gute Brauqualitäten in Gerste zeigte sich einiges Interesse.

	8.10.	10.10.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	202 $\frac{1}{2}$ - 204 $\frac{1}{2}$	202 - 204
Roggen	156 $\frac{1}{2}$ - 158 $\frac{1}{2}$	156 - 157
Braugerste	174 - 184	174 - 184
Futter- und Industrierogerste	167 - 173	167 - 173
Hafer	135 - 140	135 - 140
Weizenmehl	25,50 - 28,75	25,50 - 28,75
Roggenmehl	20,25 - 22,75	20,25 - 22,75
Weizenkleie	9,40 - 9,75	9,40 - 9,75
Roggenkleie	8,40 - 8,80	8,40 - 8,80

Handelrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober - (Vortag 215),
 Dezember 216 - 215 $\frac{1}{2}$ (216), März 219 - 218 (219 $\frac{1}{2}$), Roggen Oktober 167 $\frac{1}{2}$ (-),
 Dezember 168 $\frac{1}{2}$ - 167 $\frac{1}{2}$ B. (168 $\frac{1}{2}$), März 171 $\frac{1}{2}$ - 171 (172 $\frac{1}{2}$).

 SPD. Eiernotierungen fallen heute wegen des jüdischen Versöhnungs-
 festes aus.

 SPD. Der deutsche Grosshandelsindex hat sich im Monat September gesenkt und zwar gegenüber dem Monat August um 0,3 % auf 95,1. Bei den Indices für Agrarstoffe, Produktionsmittel, Konsumgüter und Industriefertigwaren hat es im September durchweg Abflachungen gegeben. Dagegen erhöhten sich die Indices für industrielle Rohstoffe und Halbwaren, zum Teil recht beträchtlich. Bei den Metallen (ausser Eisen) liegt eine Steigerung, immer für September gegenüber August, um 8,2 %, vor, bei Textilien, Häuten und Leder um 4,8 und bei Gummi um 3,3 %. Die Kolonialwaren steigerten sich um 1,6 %.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Bauarbeiter und Wirtschaftsplan.

Der Kampf um Arbeit - Schluss mit dem Lohnabbau - Stärkung der Organisation.

SPD. Der Vorstand und der Beirat des Deutschen Baugewerksbundes haben dieser Tage in Berlin zu den Auswirkungen des Wirtschaftsplans der Reichsregierung auf das Baugewerbe Stellung genommen. Die Bauarbeiter sind schon von dem Vorgesmack dieser Auswirkungen sehr wenig entzückt. Auf der einen Seite sehen sie kaum einen nennenswerten Fortschritt in der Arbeitsbeschaffung, auf der andern Seite müssen sie sich gegen neue Angriffe auf den Lohn zur Wehr setzen und auch der Freiwillige Arbeitsdienst entwickelt sich immer mehr zu einer Geißel für die Bauarbeiter. Angesichts dieser wenig erfreulichen Perspektive richten Vorstand und Beirat des Bundes an die Bauarbeiter den dringenden Appell, sich mit ganzer Kraft an der Werbearbeit der Organisation zu beteiligen, weil der psychologisch bedeutsame Augenblick immer näher heranrückt, in dem auch die Unorganisierten erkennen müssen, dass ohne Gewerkschaften die deutsche Arbeiterschaft längst unter die Räder gekommen wäre.

Der Wirtschaftsplan der Reichsregierung, der der Privatwirtschaft eine letzte Chance geben will, muss - so führte der Bundesvorsitzende Bernhard aus - an seinen inneren Widersprüchen scheitern. Jedenfalls bemühe sich das Reichskabinett redlich, mit seiner Gesamtpolitik die deutsche Wirtschaft totzuschlagen. Die Arbeitsbeschaffung sei auf den guten Willen der Unternehmer abgestellt. Mit Liebesgaben aller Art wolle man die berühmte Privatinitiative beleben. Was der Staat bis jetzt an Arbeitsbeschaffung beabsichtige, sei nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Jedenfalls eröffneten sich dem Baugewerbe keine guten Aussichten. Die Gemeinden, durch die Krise verarmt, könnten nicht mehr viel bauen, und auch die amtlichen Bauauftraggeber hielten zurück. Das Reichsversicherungsamt habe sich z.B. gegen jede Inangriffnahme von Bauten durch öffentlich-rechtliche Körperschaften ausgesprochen. Man beschränkte sich in der Hauptsache auf Instandsetzungsarbeiten, die die Reichsregierung durch Beihilfen zu fördern suche. Die Aufträge, die dadurch dem Arbeitsmarkt zugeführt würden, könnten aber kaum ins Gewicht fallen. Dazu komme, dass Freiwilliger Arbeitsdienst und Notstandsarbeiten den Bauarbeitern die ohnehin stark eingeschränkte Arbeitsgelegenheit noch mehr einschränken. Trotz alledem habe jedoch der Bund nicht die Hände in den Schoss gelegt, und seine bezirklichen und örtlichen Bemühungen um Arbeitsbeschaffung hätten auch in einigen Fällen Erfolg gehabt.

Den Unternehmerorganisationen ist bei ihren Bemühungen um Arbeitsbeschaffung bei der Reichsregierung das bemerkenswerte Geständnis entschlüpft, dass ein weiteres Abgleiten der Baustoffpreise und der Bauarbeiterlöhne nicht mehr möglich erscheine. Sehr im Gegensatz zu diesem interessanten Eingeständnis steht aber das praktische Verhalten der Arbeitgeber in den Tarifstreitigkeiten. Noch immer muss über Angriffe auf die Bauarbeiterlöhne berichtet werden. Noch immer ist auch die Frage der Arbeitszeitverkürzung ungelöst. Manche Bauunternehmer greifen, wie Scheibel vom Bundesvorstand mitteilte, zu den merkwürdigsten Mitteln, um die Papensche Abbauverordnung auszunutzen zu können. Die organisierte Bauarbeiterschaft hat sich jedoch zur Wehr gesetzt. Für sie gilt bei all diesen Auseinandersetzungen der Grundsatz, überall wo

sich auch nur die geringste Möglichkeit eines Erfolges bietet, mit allen Mitteln gegen einen Lohnabbau anzukämpfen. Bisher ist das auch fast überall mit gutem Erfolg gelungen, und das wird auch so bleiben, wenn die Bauarbeiter geschlossen und einmütig den Uebergriffen der Unternehmer entgegen-treten. Der Bund hält daran fest, dass die Lohnabbauverordnung verfassungswidrig ist und gegen das Tarifrecht verstösst.

Der Freiwillige Arbeitsdienst hat - immer wieder wurde das auf der Beiratstagung festgestellt - für die Bauarbeiter böse Auswüchse gezeitigt. Jetzt sei man bereits so weit, selbst den Siedlungsplan programmatisch in den Freiwilligen Arbeitsdienst eingliedern zu wollen. Dabei würden die tarifvertraglichen Rechte der Bauarbeiter gröblich missachtet. Dem Baugewerksbund bleibe unter dem Zwang der Verhältnisse - natürlich unter strengster grundsätzlicher Ablehnung des FAD - nichts anderes übrig, als dafür zu sorgen, dass sich auch die Bauarbeiter einschalten, damit nicht sie und ihre Interessen völlig unter den Schlitten kommen. Neben Siedlungsbauten aller Art würden heute auch Abbrucharbeiten, ja sogar regelrechte Hochbauten, nicht zuletzt auch Strassen- und Tiefbauarbeiten im Freiwilligen Arbeitsdienst oder durch Fürsorgepflichtarbeit ausgeführt. Diesem indirekten Lohnabbau im Baugewerbe müsse unbedingt Einhalt geboten werden. Was heute im Baugewerbe gefördert durch die Bestrebungen des FAD und der Fürsorgepflichtarbeit vor sich gehe, finde in keinem anderen Gewerbe ein Gegenstück. Der FAD, der wie eine Modekrankheit grassiere, entwickle sich allmählich zu einem offenen Unrecht gegenüber den Bauarbeitern. Gegen dieses Unrecht müssten die Bauarbeiter die gesamten Gewerkschaften aufrufen.

Durchgreifende Hilfe gegen die Not der Zeit gibt es für den Bauarbeiter natürlich nur, wenn er sich selbst hilft. Diese Selbsthilfe ist nur möglich durch Zusammenschluss. Trotz der langanhaltenden Arbeitslosigkeit ist im Baugewerksbund ein fester Stamm von Mitgliedern vorhanden, der in Not und Gefahr treu zusammensteht. Ende September waren 77,2% der Mitglieder des Bundes arbeitslos. Dabei ist zu beachten, dass die Arbeitslosigkeit während des ganzen Jahres bereits mindestens 70% betragen hat. Die Mitgliederzahl des Bundes beträgt 340 000. Zur Erhaltung der Kampfkraft sind schärfste Sparmassnahmen durchgeführt oder eingeleitet. Soweit die Verwaltung in Betracht kommt, sind weitere Sparmassnahmen verwirklicht worden und in Vorbereitung, sodass Gewähr besteht, den Bund durchaus arbeits- und kampffähig über die Krise hinwegzubringen. Die Unterstützungseinrichtungen des Bundes sollen bei dem jetzigen Stand belassen bleiben.

Die Werbe- und Schulungsarbeit des Bundes wird in vergrössertem Umfang fortgeführt; denn noch ist ein starker Prozentsatz der Bauarbeiter unorganisiert. Für die besonderen Zwecke der Werbearbeit werden Agitationskommissionen eingesetzt, die nach besonderen Richtlinien planmässig vorzugehen haben. Den Spaltern von rechts und links wird man rücksichtslos auf die Finger klopfen. Trotz aller Schwierigkeiten werden im Januar und Februar je ein Schulungskurses im Bundesschulheim abgehalten werden. Die Wochenendkurse wird die Bundesleitung aufs kräftigste fördern, und mit allem Nachdruck wird sie dafür eintreten, dass gerade in diesen Tagen unermüdlich die gewerkschaftlichen Grundsätze und Ziele der Arbeiterschaft klargemacht werden.

SPD. Was bei der Neugründung von Zwergkassen herauskommt, zeigt ein Fall, den die "Deutsche Krankenkasse" aus Düsseldorf meldet. In den Jahren 1928/29 waren dort wie anderwärts bei den Innungen starke Bestrebungen auf Errichtung von Krankenkassen im Gange. Eine Reihe von Zwergkassen entstand. Die Oerversicherungsämter hielten die Leistungsfähigkeit dieser Kassen für gesichert und ordneten die Errichtung an. Die Beschwerden der Allgemeinen

Ortskrankenkasse blieben ohne Erfolg. Auch die Zwangsinnung für das Polster-, Tapezierer- und Dekorationsgewerbe Düsseldorf glaubte eine eigene Krankenkasse haben zu müssen. Sie trat im Mai 1929 mit 215 Mitgliedern ins Leben. Ihr Dasein war kurz und unrühmlich. Das Obersicherungsamt Düsseldorf musste sie zum September 1931 schliessen. An diesem Tag verfügte die Kasse noch über 139 Mitglieder. Sie hatte einen Fehlbetrag von 3 152,35 Mark aufzuweisen, für den nach den Bestimmungen der RVO die Innung aufzukommen hatte. Erfahrung ist eine teure Wissenschaft. Sie macht klug, aber oft auch arm.

SPD. Im rechtsrheinischen Bayern wurden aufgrund der Papen-Notverordnung vom 15. September bis 8. Oktober insgesamt 4 774 Arbeiter und 45 Angestellte neu in die Betriebe eingestellt. Fast ein Drittel dieser Neueinstellungen entfällt auf das Baugewerbe, dann folgt das Textilgewerbe, die Porzellan- und die Maschinenindustrie.

Diese Neueinstellungen haben sich nach amtlicher Feststellung auf dem Arbeitsmarkt so gut wie gar nicht ausgewirkt, da im gleichen Zeitraum auch zahlreiche Arbeitskräfte entlassen wurden.

SPD. Ganz ohne Theater kann auch die Politik nicht leben. Das ist nun einmal so. Aber zu viel Theater ist auch in der Politik von Uebel. Da haben wir nun glücklich jetzt bald zehn Mal - wenn das reicht - von allen möglichen massgebenden Stellen gehört, dass die Rentenkürzungen und die Härten der Arbeitslosenunterstützung wieder gemildert werden sollen. Die Reichsregierung muss vor Eintritt des Winters die von ihr selbst herbeigeführten Kürzungen wenigstens zum Teil wieder rückgängig machen. Sie kann gar nicht anders, wenn sie nicht haben will, dass eines Tages in der Wilhelmstrasse die Fenster eingeworfen werden. Weil sie nun nicht anders kann, macht sie aus der Not eine Tugend und tut so, als ob angesichts des Unterstützungselends der Menschheit ganzer Jammer sie angepackt habe. Ohne Theater geht es eben, wie gesagt, in der Politik nicht.

Wenn nun aber auch noch ausgerechnet Herr Hugenberg die "Mitglieder des sozialpolitischen Ausschusses der deutschnationalen Reichstagsfraktion" zum Reichsarbeitsminister schickt und dort bei diesem "einmütig und geschlossen" erklären lässt, die Deutschnationale Volkspartei müsse auf der Forderung ihres Führers auf Aufhebung der Renten- und Unterstützungskürzung bestehen, denn geht das denn doch über erlaubtes Theaterspiel hinaus. Ausgerechnet Herr Hugenberg! Die Rolle des sozialen Volksmannes liegt ihm wirklich nicht. Er mag vielleicht nicht nur der "sture Bock" sein, für den ihn manche Leute lange Zeit gehalten haben - möglich. Aber der antisoziale Kurs der Reichsregierung ist und bleibt Geist vom Geiste Hugengebgs. Er war es, der lange vor Papen und mehr als 10 Jahre lang die Kampflösung "Gegen den Wohlfahrtsstaat" von seinen Spiessern durch Deutschland schreien liess. Dieser verlogenen Losung aber verdanken wir den Abbau der Unterstützungskürzung.

SPD. Das Kölner Fleischiengewerbe ist von einem scharfen Lohnkampf bedroht. Die Meister wollen die Löhne der über 22 Jahre alten Gesellen von 52,50 auf 44 Mark kürzen. - Die Kölner Brotfabriken haben den Lohnvertrag gekündigt. Sie erstreben eine Lohnkürzung um 7%.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S + P + D

Der Primus.^x

SPD. Abends nach sieben - ich warte gerade auf die Elektrische - tritt ein junger, ärmlich gekleideter Mensch auf mich zu. Er hat keinen Gruss, er nimmt nicht die Mütze ab. "Kennst du mich noch?" fragt er nur und seine Stimme ist heiser vor Unsicherheit.

"Ob ich Sie kenne?" - Ich sehe den Fremden an. Ja, vielleicht kenne ich ihn. "Natürlich", sage ich, "Sie sind doch, - du bist doch der...! Du hast dich aber verändert, Junge! Man kann dich kaum wiedererkennen! Wie siehst du denn aus?"

Es ist unser früherer Primus, der beste Schüler im ganzen Gymnasium damals. Ich hatte seit unsrer Schulzeit nie wieder von ihm gehört.

"Kohldampf!" macht nun der Primus. "Zwei Jahre nichts Rechtes zu freisen! Ich treibe mich rum. Und wenn du mich fragst, wo ich heut' übernachten werde, - ich weiss es noch nicht."

"Menschenskind!"

Ich nehme den Schulkameraden am Arm. Was soll ich ihm sagen?

"Ich werde mich freuen, wenn du jetzt zum Abendbrot mitkommen würdest. Du treibst dich herum? Weshalb?"

"Das ist eine kleine Geschichte", weicht der Primus aus. "Hoffentlich falle ich dir nicht zur Last! Du bist wohl so ziemlich in Ordnung, wenn man nach deinem Aeusseren urteilen darf."

"Danke", gehe ich zu, "man schlägt sich so durch. Ich bin in der Rechnungsabteilung unsrer Firma. Kassenabschlüsse, Fakturen und so. Jeden Monat zweihundert Mark!"

"Sonntagskind! Schon in der Schule ist es dir immer so trefflich ergangen. Du warst immer zwei bis drei, ein gutes Genügend!"

"Weil ich von dir abschreiben konnte, alter Knabe! Ich weiss noch, wie ich im Abitur die kubische Gleichung nicht rausbekam. Du schobest mir dein Heft hin..."

Wir treten in ein Speiselokal. Erst jetzt fällt mir auf, dass der Primus nicht einmal einen Mantel anhat. Er legt die Mütze neben sich auf den Stuhl.

Ich wähle zwei Essen.

Ich denke, jetzt macht er sich heiss hungrig darüber her. Aber nein, der Primus sitzt da und langt noch nicht zu. Er stochert so auf dem Teller. Mit grossen, traurigen Augen sieht er sich um.

Ich lasse ihm Zeit; er soll mir erst mal erzählen.

"Warum hast du denn dein Studium nicht zu Ende gebracht? Du wolltest doch Philosophie und Naturwissenschaft...?"

Er sieht mich verwundert an. "Nicht zu Ende? Ich habe das Staatsexamen gemacht, ich habe den Doktor. Arbeit über das Talbotsche Sehgesetz. Interessant, was? Kein Mensch liest den Kram, aber Prädikat ausgezeichnet!"

Nun fängt er auch an zu essen. Ich halte inne. Er hat den Doktor, das Staatsexamen, und ich gebe heute ein Abendbrot für ihn aus.

"Sie werden es zu was bringen, hat mein Professor beim Abschied gesagt, jawohl. Die Tüchtigen setzen sich durch! Wie - das wusste er leider nicht. Als Student habe ich wegen guter Leistungen wenigstens ein Stipendium gehabt. Jetzt, als Doktor der Philosophie, kann ich betteln."

"Aber dein Vater?" wende ich ein.

"Natürlich!" erwidert der Primus. "Weisst du, was mein Vater sich denkt?"

Er sagt sich: als ich so alt war, da habe ich eine Familie ernährt! Uebri-
gens ist er jetzt pensioniert."

Ich überlege mir, dass ich noch einen Mantel zu Hause habe. Er könnte
auch gut auf der Chaiselongue übernachten. Schliesslich wäre auch zu ver-
suchen, ob man nicht doch etwas Arbeit für ihn aufreiben könnte. Vielleicht
in der Firma.

Der Doktor hat fertig gegessen. Sorgsam faltet er die Papierserviette
zusammen und steckt sie ein. Ich habe meine zerknüllt.

Dann steht er auf. Sagt: "Verzeih', einen Augenblick!"

Ich lasse noch Käse kommen und noch ein Glas Bier für den Schulkameraden.
Wo bleibt der bloss?

Da stellt sich heraus: er hat seine Mütze mit fortgenommen. Ohne Aufhe-
bens ist er davongeschlichen.

Er hat keinen Mantel. Er weiss nicht, wo er heut' übernachten wird.

Der Primus, Mein Schulkamerad.

Hermann Pörzgen.

Herr, habe Geduld....^x

SPD. Die beiden Inhaber des Büroartikelgeschäftes "Mercuria" lassen die
Post und schimpften bei jedem neuen Brief über die schlechten Zeiten. "Ich
hänge mich auf!" rief der ungestüme Borchers und schob eine seiner dicken
Brasilzigarren zwischen die ewig halb offenen Lippen. Sein Teilhaber Lange
nickte aus Gewohnheit zustimmend, ohne zu wissen, um was es ging. Er las und
rechnete, war sozusagen die kaufmännische Seele des Geschäfts, während Borchers
den "technischen Kram" machte und einiges andere dazu.

Lange schob einen Zettel herüber: "Sprich mal bei den Leuten vor! Der
eine hat eine Schreibmaschine und die Frau einen Vervielfältigungsapparat.
Zwei Monate Rückstand mit der Rate."

Borchers schob die Zigarre in den andern Mundwinkel. Diese Kreditgeberei
an jeden beliebigen Habenicht, noch dazu an Weiber! Und er musste dann hin,
Dampf machen oder die Sachen wieder holen, weil dem Lange die Flennerei und
Heulerei gegen die zarte Brust stiess.

Vor Wut kaute Borchers an seiner Zigarre. Unvermittelt erschien jedoch
auf seinem ehrlichen Kaufmanns Gesicht ein Grinsen. Er schlug sich mit der Hand
aufs Knie, dass es schallte und Lange aufblickte. "Sieh an, der Toppen!" rief
Borchers und hielt eine Verlobungsanzeige in der Hand. "Verlobt!!" Es klang,
als verkünde er die unwahrscheinlichste Begebenheit. "Arthur Toppen, den Zeich-
ner, kennst du doch, habe ich doch erzählt? Waren zusammen auf der Kunstge-
werbeschule, und auch später... Weisst du, er hatte sich hier in der Stadt
schon einmal verlobt, der Gauner. Nettes Mädels... aber für ihn viel zu brav,
und ausserdem hatte sie auch nichts. Wir haben damals einige Autofahrten zu-
sammen gemacht; aber nach einem halben Jahre stellte sie fest, dass er sie
schon betrog, und da war's bald aus. So geht das. Geriebener Hund übrigens...
wie heisst die Neue? Juliane? Na, Kind, viel Glück!"

Lange stimmte, wenn auch zurückhaltend, in das Gelächter ein. Borchers
und seine Freunde, das war gerade die richtige Sorte...

Als Borchers eine Besprechung in der Stehbierhalle und mehrere Geschäfts-
besuche erledigt hatte, kam der Zettel an die Reihe. Zunächst den Mann mit
der Schreibmaschine... Dietrichstrasse 64... Er warf sich hinter das Steuer
seines kleinen Wagens und surrte los.

Vertreter natürlich! Alles, was heute nicht mehr richtig satt wird, lernt
Vertreter, macht Schmutzkonkurrenz und kauft unbezahlte Schreibmaschinen,

um ein Büro vorzutäuschen. Keine Geschäftsmoral mehr; das ist alles.

Die Frau öffnete. Nein, ihr Mann ist "auf Tour". Ach Gott, von der Firma, wegen der Schreibmaschine?

"Tjawoll! Und nun legte Borchers los. In dieser Beziehung brauchte er bei niemandem mehr in die Lehre zu gehen. Hier die Tatsachen: Mietkauf... Eigentumsrecht vorbehalten... zwei Raten im Rückstand. Also Geld oder die Maschine....

Nee, nee, nee! Versprechungen sind keine Raten. Nun natürlich Tränen! Immer dasselbe. Festbleiben... die besinnen sich schon! Wenn sie nur sehen, dass es kein Entrinnen gibt: Geld - oder Maschine...

Siehete woll? Fünfzehn Mark... ja, eine Rate mag genügen. Ein Unmenschen ist Karlchen Borchers nicht. Nun noch eben scharf ins Gebet nehmen, dass bis zum nächsten Ersten also zwei Raten zu bezahlen sind... und dann immer pünktlich! Pünktlich, pünktlich - darauf kommt es an.

Borchers sutt weiter. Das muss einer gesehen haben, wie sie dann endlich doch an die Kommode wackeln und das Geld herausholen! Wenn er nun nicht gekommen wäre, was dann? Dann hätte sie ihrem Alten neue Hemden gekauft oder den Gören die Schuhe bescholen lassen - ach was, so'n Stall mit vier Kindern hätte einfach das ganze Geld aufgefressen...

Lindenstrasse 8. Schreibtube und Vervielfältigungen. Auch so'n Beruf! Emilie Petersen. Borchers drückt auf die Klingel, als wolle er alle vier Stockwerke in Aufruhr bringen.

Bums, die machte schon ein erschrockenes Gesicht, bevor sie überhaupt wusste, um was es sich handelte. Borchers begann seinen Senf zu leiern, trat auf den Flur, sah durch die offen stehende Tür einen Schreibtisch, ein Regal, eine Schreibmaschine und den Rotationsvervielfältiger. Na, nach viel Arbeit sah das nicht aus. Und die Möbel waren auch nur mau, sehr mau...

Als Borchers mit seinem Spruche (Mietkauf... Eigentumsvorbehalt... Rückstand) fertig war, wartete er auf das übliche: Heulen (manchmal Schimpfen), und dann das Geld - oder die Maschine ging mit. Nein, sie würde schon zahlen, schien ja gerade so etwas wie einen kleinen Auftrag für den Apparat zu haben: da kann man ihnen böse in die Berechnungen pfuschen, indem man das Ding mitnimmt.

Nach einer Weile zog Borchers die Stirne kraus, als ob er schärfer zusehen müsste. Das Frauenzimmer weinte nicht und schimpfte nicht, sprach aber auch nicht und stand unbeweglich still. Holte kein Geld und machte auch keine Versprechungen. Starrte ihn nur an. Mein Gott - Karlchen fuhr ich verwirrt mit der Hand über die Stirn. Himmel, das war ja... warte doch... wie hiess sie denn gleich? Petersen, richtig... Emilie... Emmy Petersen... klar, das ist-

Karlchen hat eine blitzschnelle Vision: er selbst mit einer kleinen Freundin im Auto, irgendwo draussen, ein Sonntag, und neben ihnen sein Freund und - ja, die Braut. Karlchen ist's, als höre er heute noch deutlich Arthur Toppens verliebtes Geschwätz... Emmy, jawoll.

Verd... wie die Frau einen anstarrte! Na ja, ist ja auch... tja, wie ist denn? Programmwidrig... Deibel, ist das Kind heruntergekommen! So ein junges Ding damals. Etwas blasa war sie ja. Aber das ist erklärlich, wenn man in einer kleinen Künstlerfamilie gross geworden ist. Toppen hat ihm da einiges erzählt. Hungerleider, mit grossen Rosinen im Kopfe...

Karlchens Hand fasste von der Stirn nach dem Kragen. Warum sagte sie nicht: "Ach, Herr Borchers, wir kennen uns doch... Sie wissen doch..." - und dann das übliche Lied und die üblichen Versprechungen hinterher?

Diese Frau sagte garnichts, starrte ihn nur an aus Augen, in denen die Demütigung dieses Zusammentreffens jammerte. Demütigung und Geschlagensein - und Hunger.

Angesichts dieser Augen verliess den Geschäftsmann Borchers zum ersten Male das klare Denken, auf das er so stolz war. "Nun ja", sagte er, und es

klang fast wie Stammeln, "es wird schon in Ordnung kommen... kann ja vor= kommen... Zeiten sind miserabel..."

Und in der Tür wiederholte er noch einmal: "So eilt es ja nicht..." - ohne eine Antwort zu erwarten und zu erhalten.

Als er Nachmittags Lange die Ergebnisse mitteilte, sagte er nebenher: "Die Petersen nicht mehr scharf mahnen! Kommt in Ordnung. Kleines, flottes Geschäft, wahrscheinlich nur vergessen..."

Dann schickte er als Glückwunsch an Arthur Toppen lediglich eine Druck= sachenkarte, ohne, wie es zuerst seine Absicht gewesen, ein paar Zeilen dazu zu schreiben.

Hanns Roessink.

X
Der Mond im Scheinwerferlicht.

SPD. Schon früher hielt man den Scheinwerfer für ein ideales Hilfsmittel, um auf riesige, eventuell sogar kosmische Entfernungen, Signale zu geben. Man glaubte, dass die Hauptschwierigkeit nur in der Herstellung eines besonders grossen Spiegels bestünde. Viele Laien glauben auch heute noch, dass ein sogenannter Parabolspiegel, der alle Strahlen, die von einem leuchtenden Punkte ausgehen, sammelt und in einem parallelen Bündel ausstrahlt, bei entsprechendem Schliff und Durchmesser seinen Lichtkegel in geradezu märchenhafte Fernen werfen kann. Der Fachmann jedoch kennt die Grenzen, die diesem Unternehmen gezogen sind. Es gibt nämlich als Lichtquelle für die Scheinwerfer= spiegel keine leuchtenden Punkte, sondern nur leuchtende Flächen, wie es z. B. die Krater der Bogenlampenkohlen sind. Jeder Punkt einer solchen Lichtquelle wird nun allerdings vom Parabolspiegel als ein Bündel paralleler Strahlen in die Ferne geschickt, aber die verschiedenen Punkte der Fläche senden auch verschiedene Bündel aus, die untereinander nicht parallel sind. Auf grössere Entfernungen laufen diese Bündel schon bedeutend auseinander. Dadurch wird die leuchtende Fläche im Verhältnis der Entfernung zur Brennweite des Spiegels vergrössert. Bei einem Durchmesser des Kohlekraters von 1 Zentimeter wird diese Kohlespitze durch einen Spiegel von 1 Meter Brennweite in 50 Kilometer Entfernung schon auf das 50 000=fache, also auf 500 Meter, vergrössert. Praktisch bedeutet das zugleich eine ausserordentliche Schwächung des Scheines, da das auf eine solche Fläche sich ausbreitende Licht in seiner Stärke im quadratischen Verhältnis abnimmt. Diesen Nachteil hat man bisher hauptsächlich dadurch zu mildern versucht, dass man die Stromzufuhr und damit die Lichtleistung der Scheinwerferlampen erhöhte. Der mächtigste Scheinwerfer, der bisher gebaut wurde, war der Goerz=Beck=Scheinwerfer mit 2 Meter Spiegeldurchmesser, der später als Kriegsmaterial zerstört werden musste. Dieser gewältige Apparat hatte eine Lichtstärke von zwei Milliarden Kerzen. Daraus lässt sich leicht berechnen, dass ein Mensch auf dem Monde (wenn es den gäbe) auf der Nachtseite der Erde deutlich mit freiem Auge diese Lichtquelle als einen Funken von der Helligkeit eines Sternes sechster Grösse erkennen könnte.

Die bei allen Hohlspiegeln auftretende Zerstreung des Lichtes soll jetzt durch eine ganz neuartige Konstruktion in weitgehendem Masse beseitigt werden. F. Jentsch in Jena hat den Entwurf eines neuen Scheinwerfers fertiggestellt, durch dessen besondere optische Einrichtung eine Konzentration des Lichtes auf grösste Entfernungen erreicht werden soll. Die vorläufigen Berechnungen lassen erkennen, dass der Apparat nach seiner Fertigstellung unter Umständen ganz ungewöhnliche Leistungen wird vollbringen können. Man hofft z. B. mit diesem neuen Scheinwerfer auf der dunklen Hälfte des Halbmondes oder auf der bei einer Mondfinsternis durch den Erdschatten verdun=

kelten Mondscheibe einen Lichtfleck erzeugen zu können, der deutlich von der Erde aus sichtbar ist. Damit hätte man Möglichkeiten zu vielen neuen Versuchen. Bestimmte Signale könnte man z.B. an verschiedenen Erdorten von der dunklen Mondhälfte ablesen, und ebenso könnte man deutlich die Lichtgeschwindigkeit erkennen, da jedes vom Scheinwerfer gegebene Signal erst ungefähr $1 \frac{1}{3}$ Sekunde später auf dem Monde sichtbar wäre. Da die Lichtgeschwindigkeit ziemlich genau bekannt ist, so kann auf diese Weise wieder eine neue Entfernungsbestimmung des Mondes angestellt werden. Der Mond ist rund 380000 Kilometer weit von uns entfernt. Das Licht, das in jeder Sekunde 300000 Kilometer zurücklegt, braucht also schon mehr als eine Sekunde, um die Strecke Erde-Mond zu durchheilen. Auch für meteorologische Untersuchungen wäre die Lichtfülle und Reichweite dieses Ueberscheinwerfers von ausserordentlichem Werte. Im Interesse der wissenschaftlichen Forschung kann man nur wünschen, dass dem theoretischen Entwurf recht bald die praktische Fertigstellung des Wunderapparates folgen möge.

"Zu Befehl, umgeschnallt!"^x

SPD. Hatte da jüngst ein wackerer SS-Mann in Lippe=Detmold, der wunder= schönen Stadt, Langeweile. Was tun, spricht Zeus. Man holt sich ein paar Kame= raden zusammen und geht als Kriminalstudent zur Sitzung der Strafkammer. In vollem Kriegsschmuck natürlich, wie sich's gehört. Bauchriemen umgeschnallt, Kinn an der Binde, die SS=Mütze keck aufs rechte Ohr gezogen. So poltert er schwerbestieft in die Hallen der heiligen Justitia.

Es wird gerade irgend eine Strafsache verhandelt. Bisher war es Sitte, die Mütze abzunehmen, wenn man ein Zimmer oder gar den Gerichtssaal betritt. Der wackere SS-Mann aber forcht sich nit und behält schneidig die Mütze auf dem Kopfe. Die Dienstvorschrift will da so, wie einst beim Militär, hat der Soldat umgeschnallt, so darf er die Mütze nicht abnehmen. So hat man's in der Instruktionsstunde gelernt. So hält's der SS-Mann im Gerichtssaal. Aber der Gerichtsvorsitzende scheint mehr Wert auf zivile Gewohnheiten der Höflichkeit zu legen und sagt zu dem SS-Mann: "Hören Sie mal! Hier nimmt man aber die Mütze ab."

Darauf unser SS-Mann, aufspringend, mit den Hacken zusammenklappend: "Zu Befehl - umgeschnallt!"

"Das ist egal; hier haben Sie die Mütze abzunehmen!"

"Umgeschnallt!" brüllt der Nazi und fährt fort: "Dann gehe ich lieber raus!"

"Herr Staatsanwaltschaftsrat, was beantragen Sie gegen diesen Mann wegen Ungebühr vor Gericht?"

"Ich stelle anheim, den Mann in eine Geldstrafe von 30.-Mark zu nehmen."

"Ne, Sie haben ja nun gehört, was der Herr Staatsanwaltschaftsrat beantragt hat. Was sagen Sie dazu?"

"Das geht mich nichts an!"

"Wie heissen Sie?"

"Schröder!" brüllt der SS-Mann in den Saal.

"Sie können ruhig leiser sprechen. Wir Richter hier oben sind nicht schwerhörig."

"Das kann ich nicht wissen!"

"Ihr Vorname?"

"Eduard!" schallt es noch lauter durch den Saal.

Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück und verkündet nach kurzer Abwesenheit folgendes Urteil:

"Wegen Ungebühr vor Gericht wird Herr Eduard Schröder in eine Haftstrafe von 24 Stunden verurteilt. Das Urteil ist sofort vollstreckbar."

"Herr Wachtmeister, führen Sie den Mann sofort ab!"

Der SS-Mann macht ein langes Gesicht, als er nun plötzlich den Weg ins Kittchen antreten muss. Er wird sich da nun überlegen, wie man sich vor Gericht benehmen muss. Er kann ja auch in seiner Zelle über "Zu Befehl, umge-schnallt!" nachdenken.

Ti.

Gibt es ewige Wahrheiten?^x

SPD. Im Mittelalter hätte man diese Frage rundweg bejaht; denn man glaubte an Gott, und Gott war die ewige Wahrheit. Bejaht wurde sie auch von allen Philosophen, die unter dem Einfluss des Christentums standen oder, wie sich Nietzsche einmal ausdrückt, "christliche Eingeweide" hatten. Der letzte bedeutende Vertreter dieser Richtung war Hegel, dessen Religionsphilosophie den Versuch darstellt, das Christentum mit allen Mitteln, selbst mit denen einer durchaus ungehörigen Spiegelfechtereier, zu retten. (Mit dieser Feststellung soll nichts gegen Hegels sonstige Verdienste gesagt sein.)

Die Philosophen glaubten also so lange an ewige Wahrheiten, wie sie an Gott glaubten. Gott war für sie die Quelle aller Wahrheit. Die scholastische Philosophie, namentlich die des 11. und 13. Jahrhunderts, war als Wissenschaft gänzlich wertlos, weil sie die Glaubenssätze (Dogmen) von vorn herein als unumstößliche Wahrheiten ansah. In ihrer ersten Periode (11. Jahrhundert) war die Scholastik sogar nichts weiter als Theologie. Erst allmählich gab sie dem Zweifel Raum, doch zunächst nur in Fragen des weltlichen Wissens.

Selbst Descartes (1596 - 1650), der als der Vater der modernen Philosophie gilt, machte noch vor dem Gottesbegriff halt. Er behauptete, die Idee Gottes sei uns von Gott selber eingepflanzt, und der Ursprung dieser Idee nötige zur Annahme eines ähnlichen Ursprungs aller der Ideen, die wir für ebenso gewisse hielten wie die Gottesidee. Mit andern Worten: es gibt, wie einen ewigen Gott, auch ewige Ideen oder Wahrheiten. Descartes merkte nicht, dass er sich mit dieser Beweisführung im Kreise drehte. Hier setzte denn auch die Kritik Spinozas ein, dessen System weit geschlossener ist als das des Descartes.

Der erste, der wirklich zu zweifeln begann, war Kant, und seine "Kritik der reinen Vernunft" ist tatsächlich, wie Heine einmal gesagt hat, das Schwert, durch das der Deismus (Glaube an Gott unter Verwerfung der Dogmen) hingerichtet wurde. Insofern bedeutet das Jahr 1781, das Erscheinungsjahr jenes umwälzenden Werkes, den endgültigen Abschluss des Mittelalters und den Anbruch einer neuen Zeit.

Die Sonne wurde aber nochmals verdunkelt durch eine bleigraue Wolke: Fichte, Schelling und Hegel fielen wieder in die Weltanschauung zurück, die Kant bekämpft hatte. Doch wahrte dieses Zwischenregiment nicht lange. Feuerbach, Stirner und Nietzsche zerstörten gründlicher als Kant den Glauben an ewige Wahrheiten und brannten gleichsam dessen Wurzeln weg. (Schopenhauer, der eine gewisse Verwandtschaft mit der romantischen Philosophie nicht verleugnet, ist immerhin wichtig als erster aufrichtiger Atheist), Feuerbach wurde wirksam ergänzt durch Karl Marx und Friedrich Engels. Beide zeigten in tiefgründigen Untersuchungen, dass es keine "gottgewollten Ordnungen" gibt, sondern dass die Formen des Produktionsprozesses und der Gesellschaft sich wandeln, und dass der Mensch berufen ist, an dieser Wandlung mitzuarbeiten, "die Welt zu verändern", wie Marx einmal treffend gesagt hat.

"Oh, welche Schande der Zeit, dass man vergessen hat, dass die deutsche klassische Literatur eben gerade da beginnt, wo der alte Glaube zu Ende geht!" So rief Ludwig Feuerbach vor 100 Jahren aus. Auch heute hat man das vergessen. Der Reichskanzler von Papen spricht von "gottgewollten Ordnungen", und der Innenminister von Gayl orakelt: "Alles Verantwortungsgefühl wurzelt im Grunde im Uebersinnlichen, d.h. für uns in Gott."

Solche rückständigen Anschauungen könnte man auf sich beruhen lassen, wenn sie nicht von einer liebedienerischen Wissenschaft eifrig unterstützt würden. Noch im Jahre 1927 erklärten 83 deutsche Nerven- und Irrenärzte: "Die christliche Religion ist noch immer - und wird es bleiben: die Philosophie, die Psychologie, die Ethik, der Sozialismus."

Stellen wir dieser mittelalterlichen Auffassung die Aussagen unverdächtiger Zeugen gegenüber:

Christoph Schrenpf, ein ehemaliger evangelischer Pfarrer und ein Mann von unantastbarem Charakter, schreibt in seinem Nachwort zu Kierkegaards Werk "Der Augenblick: "Ich sehe in dem Neuen Testament kein untrügliches Wort Gottes und anerkenne es auch nicht als die Norm meines Denkens und Lebens; nicht einmal den sichereren Worten Jesu (wenn es solche gibt) räume ich diese Bedeutung ein."

Diese Aeusserung zeugt bei einem früheren Theologen von grossem persönlichen Mute: für den unabhängigen Denker ist sie selbstverständlich. Denn Jesus nimmt keine andere weltgeschichtliche Stellung ein als etwa Sokrates oder Plato. Und was das Christentum betrifft, so könnte man endlich wissen, dass es nur zum kleinsten Teile auf Christus zurückgeht, und dass es zum allergrössten Teil ein Mischmasch von Judentum und Hellenismus ist. Auf richtige Gelehrte haben das stets offen bekannt.

Doch hören wir noch die Stimme Friedrich Hebbels, eines Mannes, der geistige Probleme ungewöhnlich ernst nahm. Hebbel schreibt am 25. Oktober 1862 an seinen Freund Friedrich von Uechtritz: "Das Christentum ist mir, was es war: eine Mythologie neben anderen, und wie ich jetzt, nach abermaliger jahrelanger Beschäftigung mit den Akten leider hinzufügen muss, nicht einmal die tiefste."

Machen wir uns doch nichts vor! "Ewige Wahrheiten" werden heute nur noch verkündet von einer Philosophie, die im Solde der Theologie und der Kirche steht. Die echte Wissenschaft und die echte Philosophie haben sich von christlichen Vorurteilen freigemacht und lehnen es ab, von "ewigen Wahrheiten" zu reden. Die Lehre von "ewigen Wahrheiten" verbaut aller vorurteilslosen Forschung den Weg und heiligt alle Missbräuche und Missstände.

Karl Quenzel.

SPD. Der Lockruf des Sündenbabel.^x Herr Pastor Theobald ist ein tüchtiger Mann. Herr Pastor Theobald wohnt in dem Dorfe Hinterbammelbach. Vor kurzem sollte er nach einer grossen Stadt versetzt werden. Aber die Gemeinde wollte ihn nicht ziehen lassen. Herr Pastor Theobald erklärte, er könne sich nicht sofort entscheiden, ob er den Ruf annehmen solle oder nicht; er müsse Rat und Hilfe im Gebet suchen. Die Gemeindeglieder gaben sich damit zufrieden. Acht Tage später traf der Gemeindevorsteher von Hinterbammelbach das achtjährige Söhnchen des Pfarrers und fragte ihn, ob sich der Papa noch nicht entschieden habe. Das Söhnchen erwiderte achselzuckend: "Papa ringt noch immer mit sich im Gebet, aber Mama packt mittlerweile die Koffer."

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 78.

Berlin, den 10. Oktober 1932.

Wählen die Frauen Hitler?^x

SPD. Tragen die Frauen die Schuld, wenn aus allen wichtigen Wahlen der letzten Jahre arbeitsunfähige Parlamente hervorgegangen sind? Haben sie für Hitler gestimmt? Zuverlässig liesse sich das nur feststellen, wenn alle Männer- und Frauenstimmen getrennt ausgezählt würden. Das wurde bisher noch bei keiner Wahl durchgeführt, doch hat man in einzelnen Bezirken ziemlich umfangreiche Stichproben gemacht. Bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930 umfassten die Bezirke mit getrennter Abstimmung ungefähr ein Fünftel aller abgegebenen Stimmen, bei der Präsidentenwahl ein Achtzehntel. Die Ergebnisse dieser Stichproben sind den Betrachtungen dieses Aufsatzes zugrunde gelegt. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass die Zahlen durch die Auswahl der Bezirke beeinflusst sein werden. Sowohl 1930 wie bei der Präsidentenwahl 1932 haben fast gar keine süd- und wenig westdeutsche Bezirke getrennte Abstimmungen durchgeführt. Für 1930 ist von besonderer Bedeutung, dass fast die Hälfte der sechs Millionen getrennt abgegebenen Stimmen auf Berlin entfällt.

Es ergab sich, dass die Wahlbeteiligung der Frauen in allen Bezirken geringer ist als die der Männer. Bei der Reichstagswahl 1930 betrug beispielsweise die Wahlbeteiligung bei den Männern 84,4 Prozent, bei den Frauen 78,4 Prozent. Die Frauen machen also bedauerlicherweise von ihrem Wahlrecht weniger Gebrauch als die Männer. Eine Durchzählung der bei der Reichstagswahl vom Mai 1924 getrennt abgegebenen Stimmen nach Altersgruppen ergab, dass die 40 bis 45 Jahre alten Frauen in bezug auf Wahlbeteiligung an der Spitze standen. Bei den Männern lag die stärkste Wahlbeteiligung bei der Gruppe der 55 bis 60 Jahre alten Wähler. In dieser Zahl liegt eine gewisse Erklärung für die geringere Wahlbeteiligung der Frauen. Die Jugenderziehung der heute alten Frauen war keine Vorschule für die gleichberechtigte Staatsbürgerin. Die Zahl der alten Frauen ist weit grösser als die der Männer. Bleiben die alten Frauen zu einem erheblichen Teile der Wahl fern, so lässt das die Zahlen der weiblichen Wahlbeteiligung besonders niedrig erscheinen.

Eine Untersuchung der Abstimmung der Frauen für die einzelnen Parteien ergibt, dass die Frauen religiösen Einflüssen stärker zugänglich sind als Männer. In allen Fällen getrennter Abstimmung hat das Zentrum sich als die Partei mit der grössten Zahl von Frauenstimmen erwiesen. Fast bei jeder Wahl sind ungefähr 61 Prozent aller Zentrumsstimmen von weiblichen Wählern abgegeben worden.

Nur wenig geringer ist die Anziehungskraft der deutschnationalen Partei auf die Frauen. In den meisten Bezirken wurden ungefähr 58 Prozent der deutschnationalen Stimmen von Frauen abgegeben. Bei der grossen Wahlniederlage der Deutschnationalen im September 1930 erwiesen sich die Frauen als ihre treueren Anhänger. Ihr Anteil an den für die Deutschnationalen abgegebenen Stimmen stieg bei dieser Wahl auf etwas mehr als 60 Prozent. Auch bei der Volkspartei verläuft die Kurve der Frauenstimmen ähnlich, wenn auch im ganzen niedriger. Bei früheren Wahlen waren rund 54 Prozent der volksparteilichen Stimmen von Frauen abgegeben worden. Im September 1930, der auch der Volkspartei eine schwere Niederlage brachte, stieg der Anteil der Frauen an den Stimmen dieser Partei auf ungefähr 57 Prozent.

Damit ist die Reihe der Parteien, die wesentlich mehr Frauen- als Männerstimmen bekommen, abgeschlossen. Für die Sozialdemokratie ist festzustellen, dass jeweils ungefähr die Hälfte unserer Abgeordneten mit Frauenstimmen gewählt

ist. In katholischen Gegenden ist der Anteil der Frauen etwas geringer; andrerseits stimmten in Grosstädten wie Berlin und Leipzig wesentlich mehr Frauen als Männer für die SPD. Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen schwankt hier zwischen 52 und 54 Prozent. Die Tatsache, dass die Frauen ihr Wahlrecht der Sozialdemokratie zu danken haben, spiegelt sich in ihrer Abstimmung nicht. Es wäre interessant zu wissen, ob das bei der Abstimmung zur Nationalversammlung anders gewesen ist, oder ob damals auch ziemlich genau die Hälfte der sozialdemokratischen Stimmen, also rund sechs Millionen, von Frauen kamen. Aber 1919 wurde nirgends getrennt abgestimmt.

Am geringsten ist die Zahl der Frauenstimmen bei den Kommunisten. Rund 45 Prozent der für sie abgegebenen Stimmen kamen im September 1930 von Frauen. 1928 wurden in Köln sogar nur 36 Prozent aller kommunistischen Stimmen von Frauen abgegeben.

Am wichtigsten erscheint uns heute die Stellung der Frauen zu den Nationalsozialisten. An sich würde ein Zuströmen der Frauen zum Hakenkreuz im Widerspruch stehen zu der deutlich erkennbaren Tendenz weiblicher Wähler, sich von radikalen Parteien fern zu halten. 1928 entfielen von je hundert für Nationalsozialisten abgegebenen Stimmen 42,7 auf weibliche Wähler. In den Grosstädten stieg der Prozentsatz auf 45 Prozent. Damit zeigte sich, dass die Nazis eine ungefähr ebenso geringe Anziehungskraft auf die Wählerinnen ausübten wie die Kommunisten. Bei den Wahlen im Jahr 1930 scheint das etwas anders geworden zu sein. Von je hundert für die Nazis abgegebenen Stimmen kamen 49 von Frauen. Der gleiche Prozentsatz wurde beim ersten Wahlgang der Präsidentenwahl festgestellt. Im zweiten Wahlgang sank der Frauenanteil bei den Stimmen für Hitler auf 47 Prozent. Für die Reichstagswahl im Juli 1932 liegen noch keine Zusammenstellungen vor. Sie wären heute besonders interessant für uns. Für die Präsidentenwahl ist festzustellen, dass Hindenburg im ersten Wahlgang gewählt gewesen wäre, wenn nur Frauen das Wahlrecht gehabt hätten, und dass er im zweiten Wahlgang keine absolute Mehrheit bekommen hätte, wenn es nur auf die männlichen Wähler angekommen wäre. Die Stimmabgabe der Wählerinnen bei der Präsidentenwahl ist sicher charakteristisch für das durchschnittliche Verhalten der Frauen bei Abstimmungen.

Im allgemeinen ist zu sagen, dass die Frauen einen stärkeren Zug zum Konservativen haben als die Männer. Sie wählen das Zentrum und die Parteien, die ihnen Ruhe und Ordnung zu gewährleisten scheinen. Sicher wurde auch Hindenburg von den Frauen unter dieser Voraussetzung gewählt. Die Unterschiede in der Stimmabgabe männlicher und weiblicher Wähler sind aber, im ganzen gesehen, so gering, dass sie das Gesicht unserer Parlamente nicht wesentlich beeinflussen können. Wir hätten etwas weniger starke Oppositionsparteien, wenn nur Frauen wählten, doch wären diese Parteien stark genug, um dennoch ihre heutige Rolle spielen zu können.

Eine Betrachtung der Wahlergebnisse der letzten Jahre kann zwar elegisch stimmen, indessen können männliche und weibliche Wähler einander keine Vorwürfe machen. Die oft aufgestellte und gern geglaubte Behauptung, dass die weiblichen Wähler in besonders grossen Scharen aus einem dunklen Gefühl von Heldenverehrung den Hitlermannen zuströmten, findet jedenfalls in den Tatsachen keine Berechtigung.

Anna Geyer.

SPD. Die Wahrheit können wir nicht wirklich kennen, wenn wir sie nicht lieben. Wer viel liebt, wird viel davon kennen.

Fénélon.

Kleinkindnot.^x

SPD. Krise in der Pädagogik!

Hier wird ein Heim geschlossen, dort ein Kindergarten. Kinder werden aus Heimen in die Familien zurückversetzt, wenn die Eltern erwerbslos geworden sind, - obwohl die Exmissionsgefahr dann näher rückt. Pflegeeltern werden herabgesetzt. Pflegeeltern schicken verwaiste oder uneheliche Kinder, die sie um des Pflegegeldes willen aufgenommen hatten, an die Behörde zurück, sobald auch nur geringe Erziehungsschwierigkeiten entstehen. So wechseln Pflegekinder oft zehnmal, in manchen Fällen bis zu fünfzigmal pro Kindesleben die Pflegeeltern. Man versteht, dass unter solchen Umständen von einer erzieherischen Wirkung der Familie keine Rede mehr sein kann, und dass die bestgemeinten Ratschläge der Pädagogen, Psychologen und Sozialbeamtinnen in solcher Wirklichkeit auf unfruchtbaren Boden fallen. Erwerbslosigkeit lichtet die Reihen der Kindergärtnerinnen, Sozialbeamtinnen und Junglehrer. Die Massen der Pädagogen aller Berufsgruppen geraten in Bewegung.

So erklärt sich der starke Besuch, den der Anfang Oktober in Berlin veranstaltete Kongress für Kleinkind-Erziehung zu verzeichnen hatte. Der Bund Entschiedener Schulreformer als Veranstalter hatte die wichtigsten Organisationen für Kleinkind-Erziehung an einen Tisch gebracht: den Internationalen Verein für Individualpsychologie, den Deutschen Fröbelverband, den Verein Montessori-Pädagogik Deutschlands, die Deutsche Montessori-Gesellschaft, die Deutsche Psychoanalytische Gesellschaft, die Frauen Waldorfschule Stuttgart. Unter den fünfhundert Kindergärtnerinnen, Leiterinnen, Lehrern, Ärzten waren viele Erwerbslose!

Paul Oestreich gibt in seiner Eröffnungsrede erschütterndes Zahlenmaterial über die durchschnittliche Lage des Kleinkinds in Deutschlands Grosstädten bekannt. In Berliner Kindergärten und Kinderhäusern - auch in denen proletarischer Viertel - wurden rund 50 % Einkinder festgestellt. Nur auf jedes fünfzehnte Kind kommt ein Kindergartenplatz. Die Sterblichkeit an verschiedenen Kinderkrankheiten ist im Proletariat drei- bis fünfmal so gross wie im Bürgertum. "Menschenwürde fürs Kleinkind!" lautet die Parole, die Oestreich dem Kongress gibt. Sie wird von einigen Hauptreferenten nicht verstanden, von anderen nur schwächlich, sentimental, utopisch, abgewandelt. Im ganzen: Der Kongress hat es nicht vermocht, die Massen der Pädagogen, die er in Bewegung setzte, zu analysieren, ihre Bedürfnisse und wirklichen Interessen zu erkennen und sie ihnen so zu zeigen, dass sie sich ihrer bewusst werden und entscheidende Konsequenzen ziehen können. Die kleinbürgerlichen und proletarisierten Erzieherinnen und Erzieher sind sozial entwertet wie das kleinbürgerliche und proletarische Kleinkind; sie stehen mit ihm in einer Front, und diese ihre Front ist ein Teil der Gesamtfrent des für seine Befreiung kämpfenden Proletariats. Die Befreiung des Kleinkinds kann nicht früher erfolgen als die Befreiung der gesamten Jugend, und diese nicht eher als die Befreiung des Proletariats. Menschenwürde fürs Kleinkind fordern, heisst Menschenwürde und Befreiung für alle Unterdrückten fordern und sie organisieren für ihren eigenen Befreiungskampf. Das hätte gesagt werden müssen. Was aber wurde gesagt? Dass Fröbel vor 150 Jahren geboren wurde und gefühlvoll-niedliche Betrachtungen über die Mutter-Kind-Beziehung angestellt hat; dass Adler zum Trainieren des Mutes aufruft; dass man über die Kindergartenante, wenn man will, wie im Kabarett witzeln kann; dass die Psychoanalyse eigentlich nicht direkt für die Pädagogik verwendet werden will, immerhin aber dem erwachsenen Pädagogen eine Handhabe bietet, um sich mit einem Teil des Gefühlslebens des Kindes gegen eben dieses Kindes Widerstand zu verbünden (auf deutsch: das Kind gefügig zu machen!); dass Frau Montessori meine, man solle sich zunächst einmal eingehend mit dem Kleinkinde beschäftigen und mit ihm Frieden schliessen, dann würde auch Friede auf Erden (unter den Erwachsenen) hereinbrechen! Mit andern Worten: Es wurde eine reich-

liche Menge abseitiger Ideologie geboten, die das wenige Beherzigenswerte überwucherte.

Zu beherzigen wäre - wenn man vom ersten Kapitel (Schaffung der gesellschaftlichen Voraussetzungen für die Erziehung!) zum zweiten Kapitel (pädagogische Einzelheiten) übergehen will, - dass Fröbel, Pestalozzi, Adler, Montessori, Anna Freud und viele andere in der Tat wichtige Vorarbeiten geleistet haben, um den Säugling und das Kleinkind verstehen zu lernen, und dass wir ihre Beobachtungen und Versuche weiter verfeinern und im Massenmasstabe durchführen müssen. Wichtig ist, alle bisher gemachten Erfahrungen zusammenzustellen, die brauchbaren herauszusondern und von aller überflüssigen Ideologie zu befreien. Auf dem Kongress haben das fast nur die Diskussionsredner (aus der Versammlung) getan, und zwar unter der ungünstigen Bedingung äusserst kurzer Redezeit. Nur einer der 19 Hauptredner, Müller-Main, hat den sozialen Kern des pädagogisch-psychologischen Kleinkindproblems getroffen und damit den Anlass zu einem engeren Zusammenschluss der sozialistischen Kongressteilnehmer gegeben.

Ausstellungen sozialer Statistik, von Spielmaterial und Kinderarbeiten, Führungen durch sozialpädagogische Anstalten ergänzten die Vorträge und Diskussionen. Ein Tagungsbericht mit allen Referaten wird erscheinen (M 1,50); ebenso interessant dürften die Leitsätze sein, die schon im letzten Heft der "Neuen Erziehung" von jedem der einzelnen Kongressredner veröffentlicht worden sind, denn sie zeigen, auf welchem Boden jeder steht. M.R.

----- Das Gespenst der Barberina.X -----

SPD. Wer in den letzten Wochen durch die Dörfer und Landstädtchen des niederschlesischen Kreises Glogau reiste, der musste zu der Ueberzeugung kommen, dass den Kalendermachern bei der Jahreszahl, die wir gerade schreiben, ein Irrtum unterlaufen wäre. Leben wir wirklich im Jahre 1932...., oder sollte es nicht richtiger 1392 heissen? In und bei Glogau jedenfalls war wieder finsterstes Mittelalter angebrochen. Tausende sonst ganz vernünftige Leute waren Opfer einer Massensuggestion und von dem Wahn ergriffen worden, die Barberina, die vielgefeierte Tänzerin Friedrichs des Grossen, die seit mehr als 130 Jahren in der Pfarrkirche des Dorfes Hochkirch begraben liegt, spuke in den Wäldern der Umgegend. Zahllose Personen wollten das Gespenst gesehen haben.

Diese geistige Seuche, vergleichbar nur mit dem Hexen- und Teufelwahn vergangener Jahrhunderte, nahm ihren Ausgang im Pflege- und Altersheim von Glogau.

Ende August - das Thermometer hatte an diesem Tage 35 Grad Hitze erreicht - kam eine 82 Jahre alte Insassin aufgeregt vom Beerensuchen heim und erzählte an allen Gliedern zitternd, sie hätte im Walde ein furchtbares Erlebnis gehabt. Zwischen den Stämmen sei plötzlich eine Frau hervorgetreten, in ein weisses Gewand gehüllt, mit fliessendem schwarzem Haar und purpurroten Lippen. Die Gestalt habe sie, die Greisin, gefragt, ob sie bereit sei, einen unermesslichen, im Walde vergrabenen Schatz zu heben. Als sich die Entsetzte bekreuzigte, sei die Erscheinung verschwunden.

Die Spittelweiber, fast durchweg über 75 Jahre alt, beredeten des langen und breiten die seltsame Geschichte. Am andern Tage ereignete sich ein fast noch grösseres Wunder: Gelähmte und gebrechliche Insassinnen des Heims, die zum Teil seit Jahren ihre Stuben nicht mehr verlassen hatten, humpelten hinaus in den Wald, um womöglich ebenfalls der geheimnisvollen Gestalt zu begegnen. Einer der alten Frauen, die, nebenbei gesagt, schon mehrere Jahre in der Bunzlauer Irrenanstalt zugebracht hatte, blühte auch das Glück, die Erscheinung im weissen Gewande zu treffen. Die Dame aus der vierten Dimension schien aber

des Herumstreifens durch die Oderwälder müde geworden zu sein, denn sie ritt - so erzählte die vor Angst schlotternde Greisin - diesmal auf einem Rappen, der pfeilschnell davongaloppierte, als die alte Frau seinen Weg kreuzte. Das widerlegte gründlich den Glauben, dass die Spukgestalt die Madonna sein könne, wie man ursprünglich angenommen hatte. Eine Madonna, die auf einem Rappen daherreitet, widersprach denn doch allen herkömmlichen Anschauungen. Jedenfalls sprach sich die Sache mit Windeseile herum, und sogar dem Redakteur des Lokalblattes, der offenbar nicht wusste, wie er seine Zeitung füllen sollte, erschien die Sache wichtig genug, um sie in seinen Spalten zu bringen. Da der gute Mann etwas von seinem eigenen Senf dazu geben wollte, knüpfte er an die Notiz die tief sinnige Bemerkung, die weisse Frau auf dem Rappen könne niemand anders sein als die Barberina, die berühmte Tänzerin des Alten Fritz. Andre Provinzblätter druckten die seltsame Begebenheit nach, und so schwoll die Zahl der Aberglaubensgenossen bald an wie eine zu Tal stürzende Lawine. Die Kinder in der Schule, die Bürger am Stammtisch, die Arbeitslosen vor der Stempelstelle hatten nur ein Gesprächsthema: der Geist der Barberina spukt in der Umgegend! Bald wollten Dutzende von Einwohnern das Gespenst gesehen haben. Ein biederer Glasermeister, der zwecks Beobachtung der Mitte September erfolgten Mondfinsternis angestrengt zum Himmel starrte, sah die spukende Dame zwischen den Wolken. Von dort winkte sie ihm hold lächelnd zu. Der übergeschnappte Glaser konnte sogar eine detaillierte Beschreibung der Erscheinung geben: ein weisses Gewand mit einem gewebtem Rosenmuster hatte die Tänzerin getragen, und an ihrem Handgelenk hatten zwei kostbare brillantenbesetzte Armbänder gefunktelt.

Das Tollste aber erlebten angeblich drei Musiker, die bei Morgengrauen von einem Tanzvergnügen heimkehrten. Die sahen nicht nur, nein, sie sprachen sogar die weisse Dame. Launisch, wie sie schon immer gewesen war, hatte die Barberina sich jetzt des Rappens entledigt und sich eines anderen Verkehrsmittels bedient: sie lehnte in einer himmelblauen Sänfte, die, von unsichtbaren Trägern getragen, in der Dämmerung schwebte. Zu den Musikanten sagte die Barberina: "Hört, meine Freunde, im Walde von Gramschütz müsst ihr graben... es wird euer Glück sein!" Die Musikanten konnten ihr Erlebnis nicht für sich behalten, und schon nach wenigen Stunden ereignete sich folgendes: Was nur immer Hacke und Spaten tragen konnte, vom Säugling bis zum Graise, eine unübersehbare Menschenschar, aus den Dörfern der Umgegend zusammengeströmt, pilgerte in den bezeichneten Wald. Perlenden Schweiss auf der Stirn, wendete man das Erdreich um, vernichtete junge Schonungen, stiess bis an die tiefsten Wurzeln ältester Bäume, um den verborgenen Schatz zu heben. Nachts wurde bei Fackelbeleuchtung weiter gearbeitet. Man stöhnte... man ächzte... man schwitzte. Ein grausiges mittelalterliches Bild: die Einwohner beim gespenstischen Schein flackernden Feuers nach einem vergrabenen Schatze suchen zu sehen.

Der staatliche Förster rang die Hände. Enormer Waldschaden war angerichtet worden. Der Förster benachrichtigte den Landrat. Der entsandte ein Aufgebot von Landjägern, die dem tollen Treiben Einhalt gebieten sollten. Denn die wahnwitzige Menge begann jetzt, auch noch die umliegenden Felder mit ihren Spaten zu verwüsten. Es kommt zu verschiedenen Sistierungen, denn die Leute weigern sich mit Gewalt, von ihrem Tun abzulassen. Im Gasthause zu Gramschütz wird eine Versammlung abgehalten: der Leher wendet alle Mittel der Ueberredung an, um die verrückt gewordenen Leute zu überzeugen, dass es keine Gespenster mehr gebe, dass die Barberina seit länger denn 100 Jahren tot und begraben, und dass es Irrsinn sei, an vergrabene Schätze zu glauben. Ergebnis: der Redner wird ausgepiffen. "Und sie spukt doch!!!" heult es ihm aus dem Saal entgegen.

Da entschliesst sich der Ortspfarrer von Hochkirch, ein Radikalmittel anzuwenden, um die Leute zur Vernunft zu bringen. Die Gruft der Barberina, so verkündet er, soll im Beisein von Zeugen geöffnet werden, damit sich jedermann vom Vorhandensein der Leiche überzeugen könne. An dem denkwürdigen

Tag, da dieses Ereignis vonstatten ging, standen hunderte von Personen einlassbegehrend um das Hochkircher Gotteshaus. Eine solche Menge konnte die kleine Kirche nicht fassen. Nur wenige Auserwählte durften in die Gruft hinein Eislige Luft, Moderduft, Fäulnisgeruch. Ein prächtiger Sarkophag zeigt sich den Blicken. Schraubenschlüssel werden angesetzt, ein Scharnier quietscht. Frauen schreien hysterisch auf und müssen ohnmächtig hinausgetragen werden. Dann hebt sich der Sargdeckel. Im Sarge liegt die gut erhaltene Mumie einer uralten Frau, umhüllt von einem weissen Sterbegewande; die Hände stecken in weissledernen Handschuhen. Es ist die Barberina, die im Alter von 78 Jahren als Aebtissin von Barschau gestorben ist. So ergab sich für die erschauernden Zuschauer leider keine Gelegenheit, sich von der Schönheit der vielgefeierten Tänzerin zu überzeugen. Aber man sah wenigstens, dass die Dame noch in ihrem Sarge lag und daher nächtliche Ausflüge nicht gut unternehmen könnte.

Von dieser denkwürdigen Exhumierung wurde ein Protokoll aufgenommen und darin der Nachwelt, die ob unsrer Abgeklärtheit sicherlich Bauklötzer stäunen wird, mitgeteilt, dass zur Zeit der Gruftöffnung Papst Pius XI. in Rom residierte und Hindenburg Präsident des Deutschen Reiches war. Dann legte man das Dokument in den Sarg und stülpte den Deckel darüber. Ruhe weiter sanft, arme Barberina! So geschehen im September des Jahres 1932, da ein verzweifertes, von Elend und Arbeitslosigkeit zermürbtes Volk, da jede Hoffnung auf ein besseres Dasein schwinden sieht, sich an Gespenster und vergrabene Schätze als letzte Zuflucht klammert!!!!

M.S.

Menschen ohne Sonne!^x

SPD. Gewiss, hübsch klingt die Bezeichnung: Sonnwirbel-Häuser! Ueber den einstöckigen Fachwerkhäusel ist wirklich Sonnenwirbel, wenn der Himmel breit und hell über den Erzgebirgskamm hereinleuchtet. Die schlichte Häuselzeile am Keilberghang ist vom Volksmunde, der nach Schönheit suchte, gut benamst worden. Aber mit dem Leben der da wohnenden Leute hat die Bezeichnung "Sonne" absolut nichts zu tun. Hier ist die Armut Stammgast! Und zwar nicht erst seit dem Kriege oder seit der Weltkrise, sondern schon seit langer Zeit. Wovon nähren sich die Leute hier oben, in der Pflege um Oberwiesenthal (der höchsten deutschen Stadt), um Tellerhäuser, Gottesgab (der Heimat des erzgebirgischen Sängers und Dichters Anton Günther) und Königshain? Vornehmlich von der Spitze klöppelei! Es ist unheimlich viel Mythos um diese Handindustrie gewoben worden. Diese mythischen Anwandlungen erzählen von trauter Heimlichkeit rund um den Kachelofen in langen Winterabenden und von erzgebirgischer Bescheidenheit und Zufriedenheit. Gewiss, die Zufriedenheit ist ein gar brauchbares Produkt, den Leuten hier oben immer wieder klarzumachen, dass ihr Leben sich auf dieser netten Eigenschaft aufzubauen habe...., und dass die Bedürfnisse des Lebens nicht weiter und höher zu gehen brauchen als bis zur dürftigen Wiese, zur Ziege oder mageren Kuh, zu ein paar Barpfennigen aus angestrengtester Klöppelei von Spitzen, deren Kunstwert zwar tiefst bewundert, aber durchaus nicht entsprechend bezahlt wird.

Der Hütejunge jodelt, damit die drei Kühe aus drei kleinen Anwesen besser fressen. So tun's auchso; denn die Weide ist karg. Weisskalkig, alljährlich frisch getüncht bieten die Häusel ihre Fronten und Giebel dem beschaulichen Wanderer. Wenige Hühner umtrollen die sauberen Heimstätten. Vor der Haustür sitzen Mutter und Tochter am Klöppelsack. Ich trete interessiert hinzu. Mit bedeutungsloser Gewohnheit grüsst mich ihr "Grüss Gott". Vielleicht kommen sie auch noch dahinter, dass ein besseres Diesseits erstrebenswerter ist als ein auf "unbekannte Grössen" formiertes Jenseits. Die Klöppel fliegen umeinander. Die bunten Nadelkuppen geben das Sonnenecho zurück. Saum um Saum entstehen

langsam die Spitzen, die nicht mehr mit den Maschinen des Vogtlandes konkurrieren können. Hübsche Muster fädeln sich aus dünnem Zwirn zusammen, und die einfachen Leute können trotz schlechtem Entgelt stolz sein auf ihre Werke. Ein Tüchlein erstehe ich, für acht Kronen. Das sind 96 Pfennige. Fast schäme ich mich, dass ich auch nicht mehr zahlen kann; denn die kleine Arbeit beanspruchte über acht Stunden....

Die Mutter bleibt in ihrer Emsigkeit unbeirrbar, schaut nicht auf, klöppelt, als gelte es das Leben..., und es gilt es ja auch. Die Decke, die sich über den Klöppelsack spannt, ein feines Muster, verschlingt über 30 Stunden hingebungsvoller Tätigkeit und wird nach Oberwiesenthal hinunter geliefert an ein Geschäft, das solche Sachen für die Fremden braucht. Dreissig Stunden Arbeit lassen einen Lohn von 35 Kronen werden.....4,20 RM....., das sind umgerechnet in Naturalien rund 17 Pfund Graubrot II.Sorte. Der Mann werkt im Walde bei zehn Kronen den Tag. "Nur" fünf Kinder harren der Sättigung. Die Kuh gibt wenig Milch. Weltbewegend viele Eier werfen vier Hühner auch nicht ab. Die paar Quadratmeter Hafer stehen kaum einen halben Meter hoch und schimmern noch ganz grün. Die Ziege übt sich ebenfalls in Bedürfnislosigkeit..., und alle diese Leute da, die eine so schöne Heimat wie die Sönnwirbel-Häuser haben, halten den Rekord der Bescheidenheit mit einer Selbstverständlichkeit, die man zwar nicht begreifen kann, aber bewundern muss.

Nun ist aber die Welle der politischen Aufklärung auch bis hierherauf geflutet. Die Religion büsste an Wirksamkeit ein..... Die Berge tragen unsichtbare rote Fahnen! Warten wir ab, bis sie sich sichtbar entfalten. Dann werden die Menschen an den Klöppelsäcken des Erzgebirges auch eine andre Welt erkennen. Freiheit werden sie kennen lernen in vieler Beziehung. Wem sie das verdanken werden, das wissen die kaum viel und tief nachdenkenden Menschen hier oben in scheuem Unbewusstsein schon heute, denn sie begrüßen den sozialistische fühlenden Menschen, der zu ihnen kommt, um sie über ihr Schicksal und ihre Lebensgewohnheiten auszuhorchen, mit offenem Herzen..... Johs.

SPD. Vorsicht mit Enthaarungsmitteln!^X Kosmetik ist heute nicht mehr ein Luxus, den sich nur die gepflegte Nichtstuerin leisten darf, - Kosmetik ist vielmehr gerade für die arbeitende Frau, die durchansprechendes Äussere ihre geringe Chance auf dem Stellenmarkte zu verbessern sucht, eine simple Notwendigkeit. Darüber ist kein Wort mehr zu verlieren. Nut etwas mehr Vorsicht bei der Benutzung der durch Reklame angepriesenen, in ihrer Wirkung und Zusammensetzung jedoch dem Verbraucher völlig unbekanntem Präparate wäre oft sehr am Platze. So wurde kürzlich aus Amerika berichtet, dass dort in verschiedenen Ländern völlig unerklärliche Fälle schwerster Sehstörungen aufgetreten seien, deren Ursache sich zunächst nicht ermitteln liess, - bis schliesslich mehr zufällig herauskam, dass sämtliche Patientinnen thalliumhaltige Enthaarungsmittel gebraucht hatten. Thalliumpräparate enthalten einen starken Giftstoff und werden deshalb zur Bekämpfung von Feldmäusen und andern Nagetieren verwendet. Der Verkauf des Präparats wurde nach dieser Feststellung sofort verboten.

SPD. Deutsche Modenschöpfer in Paris.^X Der erste Damenschneider in Paris war merkwürdigerweise kein Franzose, sondern ein Deutscher. Er hiess Romberg und war als Schneidergeselle aus Bayern, woher er stammte, im Beginn des 18. Jahrhunderts nach Paris gekommen. Um das Jahr 1730 erfreute er sich grosser Berühmtheit. Die Kleidermacherinnen waren schlecht auf ihn zu sprechen, weil er ihnen die Kundschaft nahm. Auch der gegen Ende des 19. Jahrhunderts in Paris an erster Stelle genannte weltbekannte Damenschneider Worth war kein Franzose, sondern Wiener.